

Erscheint täglich außer Montags, Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummern 6 Pf. Sonntags-Nummer mit 12 Blät. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Betriebs-Verzeichnis für 1893 unter Nr. 4705.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Periode oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Insetrate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 11 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Ant I. 4186, Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 11. Juli 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Zur Lage.

Das Geschäft geht glatt mit der Militärvorlage. Nachdem in den beiden Tagen der ersten Lesung sämtliche Parteien durch einen ihrer Führer Erklärungen über ihre Stellungnahme abgegeben haben, kann auch nicht der geringste Zweifel bestehen, daß sie mit Glanz angenommen wird. Daß Konservative, Freikonservative und National-liberale ohne mit den Wimpern zu zucken, Ja sagen würden, wußte man im voraus. Es hätte der Erklärungen der Herren v. Manteuffel, v. Stumm und v. Bennigsen gar nicht bedurft. Gespannt konnte man nur darauf sein, was für Umschweife die anderen drei Gruppen, auf deren Unterstützung das Kartell angewiesen ist, die Polen, die Antisemiten und secessionierten Freisinnigen, brauchen würden, um ihre Zustimmung in Aussicht zu stellen. Alle diese drei Gruppen kamen am zweiten Tage der Verhandlungen zum Wort. Die Antisemiten und die Wadelstrümpfe sagten Ja mit Phrasen, die Polen ohne Phrasen.

Die polnische Aristokratie, die die Vertretung der polnischen Bezirke Preußens bisher noch ausschließlich in der Hand hat, treibt die hohe Politik als ihre Spezialität. Die Herren spekulieren auf eine Wiederherstellung des Königreichs Polen nach einem siegreichen Kriege Deutschlands und Oesterreichs gegen Rußland. Muß dabei auch auf eine Angliederung der preussischen Provinzen Posen und Westpreußen an das neue Polen verzichtet werden, so sind die preussischen Polen doch so erfüllt von der Solidarität der gesamt-polnischen Interessen, daß sie jede Maßregel gutheißen werden, die in irgend einer Weise dazu angethan erscheint, die Feinde Rußlands militärisch zu stärken. Mit sachlichen Prüfungen, ob die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands gegen einen etwaigen russischen Angriff sich nicht auf andere Weise noch weit besser erreichen läßt, oder ob die finanzielle Belastung des deutschen Volkes nicht weit das Maß des Erträglichen überschreitet, halten sie sich nicht auf. Was geht sie auch das deutsche Volk an? Sie fühlen sich nur als Polen, deren Brüder durch die russische Regierung schmählich unterdrückt werden. Die Todtfeindschaft gegen Rußland ist das Leitmotiv ihrer gesamten Politik. Aus Feindschaft gegen Rußland, nicht aus Freundschaft für die preussisch-deutsche Regierung werden sie für die Heeresvermehrung, für diese und jede künftig geforderte stimmen. Daraus erklärt sich auch, daß ihr Generaldeputierter, Herr v. Jagdzewski, es ablehnte, sich auf eine sachliche Erörterung der Nothwendigkeit der Vorlage einzulassen und nur eine ganz bescheidene Bitte an die Regierung richtete, doch in Anerkennung der militärischen Vereitwältigung der Polen deren sonstigen Wünschen eine geneigte Berücksichtigung zu Theil werden zu lassen. Aus dem resignierten Tone des Redners klang aber deutlich heraus, daß er viel Hoffnung auf Erfüllung dieses Wunsches nicht hegte.

Wenn nun trotz oder vielmehr gerade wegen des Schweigens der Polen über die Beweggründe ihres Ver-

haltens dieselben dennoch ganz klar sind, so dienen Herrn Bödel, der für die Antisemiten sprach, seine vielen Worte nur dazu, seine Zustimmung mit allerhand volksfreundlich erscheinendem Aufpuß zu umkleiden. Er wollte erst Erklärungen vom Reichskanzler haben, daß die Reichs- und nicht die „nothleidenden Mittelklassen“, als deren besonderer Anwalt so auftrat, zur Ausbringung der Kosten der Militärvorlage herangezogen werden sollten, ehe er „voll und ganz“ seine Zustimmung geben könne. Der Reichskanzler begnügte sich dieser Interpellation gegenüber, mit einer höflichen Verbeugung gegen Herrn Bödel sich auf seine vorhergegangenen Erklärungen vom allgemeinen Wohlwollen für die minder wohlhabenden Schichten zu berufen. Obgleich nun diese Antwort weder „voll und ganz“, noch überhaupt in irgend einer greifbaren Form den Wünschen des Herrn Bödel Rechnung trug, werden die antisemitischen „Freunde der nothleidenden Mittelklasse“ doch „voll und ganz“ für die Militärvorlage stimmen. Auch Herr Richter's Wink, die Antisemiten möchten Heu machen, so lange die Sonne scheint, da nach Annahme der Militärvorlage wohl nie die günstige Gelegenheit sich wiederfinden werde, daß sie das Junglein an der parlamentarischen Wagschale bilden, wird diesem Mißprobiert von reaktionären und unklaren sozialistischen Bestrebungen schwerlich das Rückgrat steifen.

Einen unsagbar kläglichen Eindruck machte es, als namens der Wadelstrümpfer Herr Richter für die Vorlage sich in patriotischen Tiraden erging. Für ihn giebt's kein Zaudern und Bedenken, wenn es sich um Forderungen der Heeresvermehrung handelt. Unbedenklich bringt er dem Moloch Militarismus das Opfer des Intellekts. Ginge es nach ihm, so hätte der Reichstag unbesehen alles zu bewilligen, was die militärischen Sachverständigen im Interesse der „Wehrfähigkeit des Vaterlandes“ fordern. Und derselbe Mann hat vor zwei Monaten noch gegen den Antrag Guene gestimmt. Da sieht man, wie rasch so ein freisinniger Bourgeoispolitiker in den Sumpf der phrasenhaften Unmündigkeit des beschränkten Unterthanenverständes hineingleiten kann.

Also alle die Gruppen, die vor kurzer Zeit noch mit Jögern und Zagen um den heißen Brei der Militärvorlage herumgeschlichen waren, sind jetzt bereit, ihn herunterzuschlingen, heiß wie er aus der Regierungsküche kommt, um nur ja nicht des Lohnes verlustig zu gehen, dessen ein solcher militärisch-patriotischer Patriotismus in dem schönen Reiche gewärtig sein darf, in dem der Unteroffizier die Rolle des Stellvertreters Gottes auf Erden spielt. Eine Belohnung wird die Reichsregierung auch ausschütten, aber nicht in die Hände der Polen, Antisemiten oder Wadelstrümpfe, sondern in den Schooß der Agrarier, deren politischer Weizen blühen wird, mag nun der grundbesitzlose Graf v. Caprivi oder demnächst ein mit viel Grundbesitz gesegneter Politiker den Reichskanzlerjesseln zieren. Aus der sonst ziemlich inhaltslosen Rede des gegenwärtigen Reichskanzlers klang deutlich die Ankündigung heraus, daß er eine halbe Wendung nach Rechts einschlagen wird, um

den Agrariervind in seine Segel zu bekommen. Ohne Laviren kommt er nicht vorwärts mit dem neuen Kurs. Den Agrariern kann man es nicht verdenken, daß dieser Erfolg ihren Muth und ihre Hoffnungen schnell. Herr v. Bennigsen, der in gänzlicher Verkennung der Sachlage den Allenweiberommer des Nationalliberalismus als einen Frühling der Mittelparteien befang, mußte es sich gefallen lassen, von Herrn v. Manteuffel darauf aufmerksam gemacht zu werden, daß seine Parteigenossen nur der Hinneneigung zu den agrarischen Bestrebungen viele Siege verdanken und daß er selbst hoffentlich bald sich gleichfalls zum richtigen Agrarier mausern werde.

Die Sozialdemokratie kann mit dieser Sachlage und dieser Entwicklung nur zufrieden sein. Arbeitet doch alles der Zeit entgegen, in der es „ein Hüben, ein Drüben“ nur giebt, und können wir doch mit Genugthuung feststellen, daß selbst bei anderen Parteien die Einsicht sich Bahn bricht, daß nur die schroffe Opposition der Sozialdemokratie gegen den Militarismus Aussicht auf Erfolg hat, nicht aber Halbheiten, bei denen andere oppositionelle Parteien stehen geblieben sind. Bequeme sich doch Herr Eugen Richter zu dem Zugeständniß, daß der Mißerfolg seiner Partei wesentlich der ungenügenden Schärfe der freisinnigen Partei in der Opposition gegen den Militarismus zuzuschreiben sei. Wie er in dieser Hinsicht uns Recht giebt, wird er vielleicht mit der Zeit noch anderes von uns lernen.

Preussischer Bergamtsassessor und westfälischer Junker.

Der preussische Bergamtsassessor an der Saar, Herr Hilger in Saarbrücken, der den dort aus Staatsmitteln unterhaltenen „Bergmannsfreund“, ein halbamtliches Blatt der preussischen Bergverwaltung, redigirt, das die Bergleute in rechte „Juristen“ mit ihren Verhältnissen unter dem preussischen Fiskus einzuführen soll, das aber dabei über jede selbständige Regung der armen Kohlenklaven, über ihre Vereine, ihre Presse und Versammlungen gewohnheitsmäßig in unerhörter Weise herfällt, hat bekanntlich einen Zusammenstoß mit dem ultramontanen Zentrums-kandidaten Grafen von Schulenburg gehabt. Vor und nach dem letzten Streik der Saarbergleute haben wir das Verhalten des „Bergmannsfreunds“ mehrfach an dieser Stelle gerandmarkt. Natürlich blieben wir in der Kritik der Hilger'schen Rücksichtslosigkeit mit Staatssubvention ziemlich allein; die bürgerliche Presse hätte sich wohl, den „Bergmannsfreund“ mit an den Ohren zu nehmen, wie er es verdiente, und insbesondere die Zentrumspreffe, die sich doch auch in Saarrevier so eifrig um die Bergleute bemüht, hatte kein Wort der Kritik für das unerhörte Benehmen des „Bergmannsfreundes“. Im Gegentheil, bei Gelegenheit des letzten Streiks waren ja die Schwarzen mit der preussischen Bureaukratie ganz einig darin, daß die Bergarbeiter-Bewegung lediglich ein „Werk nicht-würdiger Heher“ u. s. w. sei. Sie ließen die Bergleute auch im Reichstag völlig im Stich. Da ist nun jetzt die Strafe dafür gekommen. Der Redakteur des „Bergmannsfreunds“ hat seinen

diesen Fragen als die Gleichgiltigen aufgespielt hatten; er war immer der erste gewesen, der sich über die Heuchelei der Kandidaten und die Unredlichkeit der Wähler lustig machte. Er rühmte sich, noch niemals bei der Wahl seine Stimme abgegeben zu haben. Er konnte sich nicht enthalten, verächtlich bei dem Gedanken zu lächeln, daß auch Henri wie so viele andere bereit war, alles zu versprechen und nichts zu halten.

„Nun, Du weiser Staatsmann,“ sagte er mit schneidender Stimme, „Du wartest also nur darauf, endlich dahinterzukommen, welche der Ansichten für Dich die nützlichsten sein werden?! Ganz wie Talleyrand, weißt Du!“

Henri überlegte, ob er lachen oder sich beleidigt fühlen sollte. Er zog das erstere vor.

„Was willst Du!“ sagte er. Die Ueberzeugung! Es ist damit gerade wie mit den Frauen. Man muß viele Geliebten gehabt haben, bevor man eine für das ganze Leben heirathet.“

Ob André diese Art, mit den Gedanken zu spielen, nach ihrem wahren Werth taxirte? Er sagte nichts mehr hierzu und sprach dann von etwas Anderem. Aber die Gedanken über Sozialismus und alles, was heute darüber gesprochen worden war, verfolgten ihn den ganzen Abend. Als die drei jungen Leute wieder in den Salon traten, sahen Dunkel Theodor und Dufau in einem Erker und beendeten ihre Diskussion, die sehr hitzig gewesen sein mußte, wenigstens konnte man dies aus dem ungewöhnlichen röthlichen Schimmer schließen, in dem die Gesichter der beiden Gegner leuchteten.

„Ja,“ sagte der Dunkel, „ich sehe, daß wir im Grunde mit unseren Ansichten doch übereinstimmen. Aber ich bin mehr für die Gewalt.“

„Und ich bleibe dabei, ich ziehe ein sanftes Verfahren vor.“

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

112

Die Bekehrung André Savenay's.

Sozialistischer Roman von Georges Renard.

Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

André hielt ihm einige der kleinen Kunstgegenstände, die er aus Spanien mitgebracht hatte, vor die Augen wie einem Kinde, das man beruhigen will. Des jungen Dufau's Spezialität war es, über alle politischen und sozialen Fragen zu sprechen. Er hielt etwas auf seine Familie und wollte sein Theil dazu beitragen, die Ehre des Geschlechts zu heben. Er bereitete sich darauf vor, Abgeordneter zu werden und war nur während darüber, daß er sich an den nächsten Wahlen noch nicht betheiligen konnte, weil er noch zu jung war. Sechs Monate fehlten ihm nur noch, um gewählt werden zu können, und nun sollte er die Erfüllung seiner Hoffnungen noch vier lange Jahre hinausschieben! Entsetzlicher Gedanke! Er wäre ganz untröstlich darüber gewesen, wenn ihn der Gedanke nicht gestärkt hätte, daß er inzwischen durch eine reiche Heirath seine Aussichten verbessern könnte.

Mit André aufgewachsen, der ihn duzte und gern wegen seiner gelehrten Miene verspottete, schonte er ihn aus mehr als einem Grunde. Er ahnte ihn nach, so gut er konnte, was er für die zarteste Art hielt, ihm seine Zuneigung auszudrücken. Weil André den Lauf der Dinge als Dilettant beurtheilte, heuchelte Henri, um ihm zu ge-

fallen, eine Gleichgiltigkeit und einen Skeptizismus, der nur zur Hälfte aufrichtig war; in Wirklichkeit besaß er jedoch Ehrgeiz und hatte sich über vieles eine eigene Meinung gebildet. Er hielt es für vortheilhafter, in der Tragikomödie der Welt mitzuspielen, anstatt nur zuzuschauen. Er wartete nur auf eine Gelegenheit, auf das Eintreten von Umständen, die ihm ermöglichen, André zu seinen Ansichten zu belehren und ihn für seine Zwecke zu gebrauchen.

Heute Abend war er wieder darauf gefaßt, daß André sich wie gewöhnlich in beißender Ironie und paradoxen Bemerkungen Lust machen würde. Aber André sprach wenig und nur ernsthaft und schien lebhaft mit seinen Gedanken beschäftigt. Auf seinen Divan ausgestreckt schien er in den bläulichen Wöllchen seiner türkischen Figarette dem Fluge eines ihm peinigenden Gedankens zu folgen.

„Sage mal, Du zukünftiger Abgeordneter,“ sprach er plötzlich zu Henri, „was ist Deine Meinung über den Sozialismus?“

Henri sah ihn scharf an, um sich zu vergewissern, daß er nicht scherze. Auf jeden Fall hielt er es für gut, sich nicht zu kompromittiren.

„O, ich,“ antwortete er, „ich würde darin die Ansichten meiner Wähler theilen, wenn ich gewählt werden sollte. In dessen glaube ich, daß das, was Papa heute aussprach, auch sein Gutes hat. Vielleicht schon ein wenig veraltet, aber in der Provinz macht das noch immer Effekt. Solche Redensarten sind bequem; sie verpflichten zu nichts. Und dann scheint es mir, daß wir uns jetzt in einer Zeit befinden, wie am Vorabend von Achtundvierzig. Es ist vielleicht nicht ganz dumm, wenn man jetzt schon ein bißchen den Sozialisten spielt.“

André hatte es schon Duzende von Malen mit anhören müssen, wie sich Politiker hinter verschlossenen Thüren in

gräßlichen Ton zur Abwechslung auch einmal gegen einen Bourgeois ausgesprochen; er durfte es so lange ungestraft gegen Arbeiter thun; was Wunder, daß ihm dies Verhalten zur zweiten Natur wurde. Und dieser Bourgeois war eben Graf Schulenburg aus Westfalen, den das Zentrum im Wahlkreise des Königs Stumm frevelhafter Weise gegen letzteren aufgestellt hatte. Bei dieser Gelegenheit offenbarten sich auch die innigen Beziehungen, die die preussische Bergverwaltung an der Saar zu den dortigen Großkapitalisten unterhält, in klassischer Deutlichkeit. Der königlich preussische Bergassessor Hilger schlug zu gunsten des Freiherrn Stumm in dem staatlich unterstützten „Bergmannsfreund“ auf den Grafen Schulenburg los, daß die Spähne nur so flogen, und die Bergarbeiter erlebten nun als heitere Zuschauer folgendes erhebendes Schauspiel.

In der Nummer vom 18. v. M. des eben „Bergmannsfreund“ erschien eine Schilderung des Herrn Grafen und Majorats Herrn. Da hieß es im Anschluß an Freiherrn Reuter, wenn der Graf Schulenburg „auf seinem Miß“ in Westfalen sitzen geblieben wäre, so wäre es besser für ihn gewesen. Nach dem Tode seines evangelischen Vaters habe er sich schleunigst umtaufen lassen, um eine reiche Katholikin zu heirathen. Das sollte jedenfalls eine treffende Illustration zur Heiligkeit des bürgerlichen Glaubens und der bürgerlichen Ehe sein. Dann wurde angebeutet, daß es dem Grafen seine hochadeligen Geisteskräfte kaum erlaubt hätten, das Einjährig-Freiwilligen-Zeugniß zu erwerben — darüber schwebte „ein bläulicher Dunst“. Jedenfalls sei mit oder vor jenem Zeugniß das Bedürfnis des Grafen nach geistiger Ausbildung betrieblig gewesen. Seine evangelischen Pächter habe der junge Majorats Herr durch plötzliche Kündigungen brutalisiert; ja er sei sogar wegen roher Thierquälerei, die u. A. darin bestanden habe, daß er seinen Hühnern die Zungen ausschneide, amüßig bestraft. Der staatlich unterstützte „Bergmannsfreund“ und sein studierter Redakteur schlossen die erbauliche Epistel, deren Wahrheit wir natürlich nicht kontrollieren können, mit den Worten: „Das, Ihr Bergleute, ist der Reichstags-Landbote, dem man Euch zumutet Eure Stimme zu geben.“

Die Moral der Geschichte liegt für uns darin, daß der königl. preussische Bergassessor, der die äußerste Rücksichtslosigkeit gegen die Arbeiter verkörpert, hier im Interesse des Stumm'schen Industriefeudalismus zur Abwechslung einmal einen Vertreter des Agrarfeudalismus abthat, und zwar in seiner Manier abthat, was immerhin etwas für den Betroffenen sagen will. Preussische Bergverwaltung und König Stumm, also lauter „gebildete“ Leute, stehen als stimmungsvolle Staffage im Hintergrund. Die Arbeiter sind die Dritten, die diesem Schauspiel mit innigem Vergnügen zusehen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 10. Juli.

Aus dem Reichstage. Die sozialdemokratische Fraktion hat folgenden Abänderungsantrag zum Antrag Chni und Genossen, betreffend die Aufhebung der Zölle auf landwirthschaftliche Futtermittel für die Zeit bis Ende Mai 1894 gestellt:

Der Reichstag wolle beschließen: dem Antrag Chni folgende Fassung zu geben: Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, bei dem Reichstag unverzüglich einen Gesetzentwurf einzubringen zum Zwecke der dauernden Aufhebung der Zölle auf 1. Weizen (Nr. 9a des Zolltarifs), 2. Roggen, Hafer, Buchweizen, Hülsenfrüchte, andere nicht genannte Getreide-Arten (Nr. 9b des Zolltarifs), 3. Gerste (Nr. 9c des Zolltarifs), 4. Mais, Kaffeebohnen, Sesam, Erdnüsse und anderweit nicht genannte Getreide (Nr. 9d), 5. Mais und syrischer Datteln (Nr. 9e), 6. Mais (Nr. 9f).

Ein schleuniger Antrag Auer und Genossen geht dahin: Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichs-Landtagspräsidenten zu ersuchen, daß die gegen den Abgeordneten Herbert Stettin schwebenden Strafverfahren (§ 185 des Strafgesetzbuches) für die Dauer der gegenwärtigen Session eingestellt werden.

Vom Zentrum ist wiederum der Antrag betreffend Abänderung des Wahlgesetzes vom 31. Mai 1869 im Reichstage eingebracht worden.

Der Bericht der Reichs-Landtags-Kommission ist dem Reichstage zugangen.

Die National-Liberalen beantragen, die Regierungen zu ersuchen, dahin zu wirken, daß in den Bundesstaaten die dort bereits eingeführten oder in Aussicht genommenen Frachtermäßigungen für Streumittel und Futter auch auf den Inlandverkehr innerhalb des Reichs auf Staats- wie Privatbahnen für die Dauer des Nothstandes ausgedehnt werden.

Der Nachtrags-Etat für das laufende Rechnungsjahr, der die Mittel für die einmaligen Ausgaben der Verwaltung des Reichsheeres aufbringen soll, ist dem Bundesrath bereits zugegangen und wird dem Reichstage wohl vor

„Der Sozialismus ist eine ansteckende Krankheit, die man mit Eisen und Feuer heilen muß.“
„Ansteckende Krankheit, ganz gut gesagt! Unsere lindern-den Reformen sind das beste Gegenmittel.“

„Sie fordern die Revolution ja geradezu heraus, wenn Sie thun, als ob man wirklich besser müßte.“
„Und Sie machen sie unvermeidlich, wenn Sie sagen, daß Sie gar nichts thun wollen!“

Dieses Wortgefecht hätte vielleicht noch lange so dauern können, wenn die jungen Mädchen nicht dazwischen geschwirrt wären. Miß May wollte die Meinung der Herren über eine andere Frage, die nicht weniger interessant war wie die soziale Frage, hören: es handelte sich darum, ob man wohl in Frankreich eine neue Art, zu Pferde zu sitzen, die in England aufgefunden war, einführen sollte. Ob die Damen wie die Männer rittlings reiten sollten? Diese ernste Frage interessirte Centrum ganz besonders, der Miß May seine Ansicht darüber mittheilte. Henri Dufauke bot während dieser Zeit Germaine, ihm eine Krone aus Sigurd zu singen, für die er zu schwärmen behauptete. Und so verbrachte man den Abend, wie so viele Abende in den feineren bürgerlichen Kreisen.

5. Kapitel.

Wie kommt es, daß Worte, die wir schon hundert Mal gehört haben, uns mit einem Male in ihrer ganzen Bedeutung zum Bewußsein kommen und dann ebenso schnell und unerwartet eine Umwandlung unseres Dazwischen bewirken? Wie geht es zu, daß ein Samen Korn, das lange auf hartem Boden gelegen, dann doch eines Tages auf derselben Stelle etwas fruchtbarere Erde findet, in die es nun eindringen und Wurzel schlagen kann? Es ist ein wunderbares Geheimniß, das die Menschen durch ein anderes Geheimniß aufzuklären suchen, indem sie irgend ein unbestimmtes und räthselhaftes Etwas eingreifen lassen, das sie die göttliche Gnade nennen.

(Fortsetzung folgt.)

der zweiten Lesung der Militärvorlage unterbreitet werden. Die erforderlichen Mittel sollen durch eine Anleihe aufgebracht werden, worüber ein Gesetz in den knappen Formen aller früheren Anleihegesetze vorgelegt werden wird. Die Höhe der Summe, um die es sich handelt, soll sich über 18 Millionen Mark belaufen. Freut Euch, Steuerzahler! —

Die Nachwahlen. In Neustettin, wo an stelle Ahlwardt's Professor Dr. Paul Förster für die Antisemiten kandidirt, ist die Wahl auf den 18. Juli angelegt worden. Auch der Städter kandidirt wieder, wird aber die Mandatsträuben sehr sauer finden. Er ist eben ausgegagt, wie der Mitteltrieb der Edelkame. —

Niederding. Direktor im Reichsamte des Innern, ist an stelle des kürzlich verstorbenen Hanauer zum Staatssekretär des Reichs-Justizamtes ernannt worden. Niederding wurde kürzlich von der „Kreuz-Zeitung“ als freihändlerischer Reber denunzirt, der nur für die großkapitalistischen Interessen, für die Hochfinanz u. s. w. Sinn habe. Den Junkern ist jeder, der nicht auf ihr feudalaragrarisches Glaubensbekenntniß eingeschworen ist, der Feind. —

Die Genossen im Auslande. Die „Unabhängige Arbeiterpartei Englands“ (The Independent Labor Party) hat der deutschen Sozialdemokratie ihre Glückwünsche zum Wahlsiege gebracht, und um ihre Sympathie auch werththätig zu beweisen, uns einen Beitrag zum Wahlfonds geschickt. Dank den braven Genossen! —

Herr Feichter erklärt zu dem Feichter-Artikel in der „Kölnischen Volkszeitung“:

Dieser Artikel beruht in seinem größten Theile auf mißverständlicher Auffassung und, was die groben Beschimpfungen der aufgeführten Personen betrifft, auf Erfindung. Ich habe anlässlich der mit von den genannten Vorstandsmitgliedern nach der amtlichen Eröffnung der Aufstellungsgründe gestellten Fragen offen und rückhaltlos meinen persönlichen Standpunkt und meine persönliche Auffassung über die Wahlbewegung kundgegeben, dabei aber weder gegen den Herrn Abg. Dr. Müller-Simonis, noch gegen den Herrn Parzer Wöhrel und die Herren Reichstags-Abgeordneten Guerber, Simonis und Winterer irgend ein beleidigendes Wort gebraucht. Die Namen der beiden letztgenannten Herren sind in der Unterredung überhaupt gar nicht genannt worden. Eine Beschimpfung der Herren konnte schon deshalb nicht stattfinden, weil von denselben und deren Wahlthätigkeit keine Rede gewesen ist. Die vorgenannten Herren stehen für mich als Männer und Priester zu hoch, als daß ich von ihnen anders als in größter Hochachtung sprechen könnte.

Herr Feichter ist Partei. Er hat ja übrigens, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, „gegen die vier Urheber der bekannten verleumderischen Gerüchte Straf-antrag gestellt“. Da der beleidigte Müller-Simonis schon vorher Verleumdungslage gegen den Polizeipräsidenten erhoben hat, wird sich hoffentlich schon vorher zeugeneidlich feststellen lassen, ob es sich wirklich nur um verleumderische Gerüchte handelt.

Zu der Erklärung des Polizeipräsidenten von Straßburg, Feichter, veröffentlicht die vier Mitglieder des aufgelösten Fedeltatsvereins, die von Herrn Feichter am 29. Juni in Audienz empfangen wurden, ihrerseits eine Erklärung. Sie halten darin das Protokoll über die Audienz in seinem vollen Umfange aufrecht und sagen weiter:

Wir hatten nur das in unser Protokoll aufgenommen, was alle vier Unterzeichner ganz positiv mit ihren eigenen Ohren aus dem Munde des Herrn Polizeipräsidenten gehört haben. Wir hätten in unserem Protokolle noch viel mehr sagen können; wenn aber ein einziger von uns nur den leisesten Zweifel über einen gefallenen Ausdruck des Herrn Polizeipräsidenten hegte, so unterließ die Ausnahme in das Protokoll. Mit der größten Seelenruhe sehen wir daher der von Herrn Dr. Müller-Simonis gegen den Herrn Polizeipräsidenten angelegten gerichtlichen Klage entgegen. Vor dem Gericht werden wir unsere auf vollständiger und unanfechtbarer Wahrheit beruhenden Aussagen mit einem Eide bekräftigen. Daß dem Herrn Polizeipräsidenten seine geradezu unglaublichen Ausfälle gegen die Herren Dr. Müller-Simonis, Parzer Wöhrel, die drei geistlichen elsässischen Reichstags-Abgeordneten, die Mehrzahl der Straßburger Geistlichkeit, die betreffenden Mönchen des Priesterseminars, die Wähler des Herrn Dr. Müller-Simonis u. s. w. heute, nachdem sie einen solchen Stand aufgewirbelt, höchst unbecquem geworden sind, verstehen wir recht gut. Uns aber geht die Wahrheit über alles!

Diese Erklärung der vier Herren zeugt für den Namens-muth derselben, aber besonders klug ist sie nicht. Nach alter Polizeipraxis wird nunmehr Herr Feichter auch gegen die vier Herren der Deputation des Fedeltatsvereins Anklage wegen „Verleumdung“ erheben lassen. Damit verliert Dr. Müller-Simonis seine Zeugen und nur Herr Polizeipräsident Feichter wird in der Lage sein, zu beschwören, daß er schändlich verleumdet worden sei. Es wäre ganz gegen das Herkommen, wenn es nicht so geschehen sollte.

Futternoth. Offiziös schreibt die „Nordd. Allgem. Ztg.“: Der im Hinblick auf die Futternoth eingeführte Ausnahmetarif für Torfstreu und Torfmüll, sowie für bestimmte Futtermittel wird mit Gültigkeit vom 12. d. M. ab durch Aufnahme der nachstehenden Futtermittel ergänzt: 1. Reisfuttter (ein aus Reis hergestelltes Futtermittel), sowie Häcksel und Kuchen von Reis. 2. Pulpe (Kochsalzwasser bei der Kartoffelstärke-Fabrikation). Auch werden von demselben Zeitpunkt ab für Heu und Stroh bei Aufgabe in Mengen von 5000 Kilogramm die Frachtsätze der Kilometer-Tarifabelle des Ausnahmetarifs berechnet, sofern sich die Frachtberechnung für 10 000 Kilogramm nach der Kilometer-Tarifabelle nicht billiger stellt. Die durch den Ausnahmetarif gewährten Frachtermäßigungen finden, entsprechend der Absicht und der Fassung des Ausnahmetarifs, nur auf solche Sendungen Anwendung, welche für Streu- oder Futterzwecke bestimmt sind. Es ist daher im Frachtbriefe in jedem einzelnen Falle besonders vorzuschreiben, daß der Versandgegenstand „zu Streu- oder Futterzwecken bestimmt“ ist.

Die kaiserliche Verordnung, betreffend das Verbot der Ausfuhr von Streu- und Futtermitteln vom 4. Juli dieses Jahres findet auf Durchfuhrsendungen keine Anwendung.

Die Futternoth hat das Großherzogthum Baden veranlaßt, durch ihre Bevollmächtigten beim Bundesrath folgenden Antrag einzubringen:

Der Bundesrath wolle beschließen: 1. Daß es den landwirthschaftlichen Brennereien bis zum 15. Juni 1894 gestattet werde, von der in ihren Brennereien gemauerten Schlempe bis zu 50 pCt. an andere Landwirthe abzugeben, ohne daß den Brennereien dadurch der landwirthschaftliche

*) Das betr. Schreiben ist schon vor mehreren Wochen eingelaufen; im Sturm und Drange des Wahlkampfes wurde die Erwähnung aber vergessen.

Charakter verloren geht; 2. daß den landwirthschaftlichen und gewerblichen Brennereien allgemein gestattet wird, jene Brennweinnengen, mit denen sie in einem der zwei vorausgegangenen Betriebsjahre, 1. Oktober 1890/91 und 1891/92, aus irgend welchen Gründen hinter dem bewilligten Jahreskontingent zurückgeblieben sind, im laufenden Betriebsjahre zum niedrigeren Verbrauchsabgabebefeh herzustellen.“ —

Aus der alten Kaketenkiste ist wieder ein Sprüh-teufelchen ausgeflogen, gelegentlich einer „Eulbignungsfahrt“ der Dipper nach Friedrichsruh, wie die „Hamburger Nachrichten“ die Land- und Kneip-Partie einiger Durrah-patrioten aus Lippe-Deilmold zu nennen belieben. Das Sprüh-teufelchen ist natürlich gegen Herrn von Caprivi und die Reichsregierung gezielt und besteht in einer Verherrlichung des Partikularismus der kleinen Bundesstaaten, die von dem treuen Basall zu einer Hay auf das über-mächtige Preußen angereizt werden. Daß in der Reichs-verfassung, die ein gewisser Herr sich selbst auf den Leib geschnitten hat, Preußen diese Uebermacht verliehen ist, die Kleinstaaten nur als Arabesken figuriren, das scheint dem Boltergeist der alten Kaketenkiste nicht bekannt zu sein, der sich immer mehr dem humoristischen Genre zuwendet. —

Wie's gemacht wird. Dem „Vorwärts“ geht folgendes vertrauliche Rundschreiben zu:

Bezirks-Kommando! B. . . . am 5. 6. 93.
Der Bezirkskommandeur möchte diejenigen Herren, welche bis jetzt trotz zweimaliger Aufforderung keinen Beitrag zu der von Sachsen Militär-Bereits-Bund anlässlich des 50jährigen Dienstjubiläums Seiner Majestät des Königs zu errichtenden Stiftung eingesandt haben, dies nochmals dringen ans Herz zu legen. In anbetragt des guten patriotischen Zwecks und in Berücksichtigung dessen, daß durch diese Stiftung manches arme Soldatenherz erfreut wird, halte ich eine allseitige Betheiligung für Pflicht. Als eine solche ist dies auch von fast 150 Herren des mir unterstellten Bezirkskommandos durch Einfindung von Beiträgen, zum Theil in ansehnlicher Höhe, anerkannt worden, und so gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß auch die kleine Minderheit, welche bisher Beiträge noch nicht bezahlt -- 29 Herren --, noch ihr Scherlein dazu geben wird.

Diesem Herrn aber, welche trotz dieser dritten Aufforderung nicht gewillt sind, einen Beitrag zu zahlen, werden ersucht, dies auf dem kürzesten bestimmt auszusprechen, damit erheben nicht etwa noch eine Aufforderung an dieselben abgeschickt wird und damit zweitens das Bezirkskommando die Namen der sich nicht Beteiligenden kennt.

gez.: Freiherr v. Gregory Major.

Dem sanften Zwang dieser Verzeichnung aller Nicht-Zahler wird niemand, der „Müchichten zu nehmen hat“, widersehen.

Ein anderes Bild!

Wie auf dem Lande der „Patriotismus“ „gemacht“ wird, beweist, so schreibt die „Breslauer Morgen-zeitung“, wieder einmal recht drastisch das Vorgehen des Königer Landrathes. In der Stadt Konig soll ein Denkmal für Kaiser Wilhelm I. errichtet werden. Die angestellten Sammlungen haben inbessen nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Um nun die leeren Kassen des Komitees zur Errichtung des Denkmals zu füllen, glaubte der Herr Landrath den so spärlich eingehenden freiwilligen Gaben der Kreisinsassen von Amts wegen etwas nachhelfen zu müssen. Er erließ daher eine Bekanntmachung, wonach „auf den Kopf der Bevölkerung jeder Ortschaft des Kreises ein Betrag von 25 Pfennigen gesammelt“ werden sollte. Diese Kopfsteuer sollte von den Guts- bezw. Gemeinde-Vorständen beigetrieben, d. h. gesammelt und dann an den Schatzmeister des Komitees abgeführt werden. Daß der Herr Landrath es mit dieser „Kopfsteuer“ ernst zu nehmen entschlossen sei, geht nun aus einem vorliegenden gedruckten Formular hervor, mit welchem sämmtliche Ortsvorsteher an die umgehende Ablieferung der „freiwilligen (!) Beiträge“ gemahnt wurden. Dieses Dokument ist so vielsagend, daß wir es der weiteren Deffentlichkeit nicht vorenthalten zu dürfen glauben. Der betreffende Passus lautet wörtlich:

Die dortige Ortschaft hat bisher nur einen Beitrag von — Mark — keinen Beitrag — an den Schatzmeister abgeliefert. Es fehlt mithin noch ein Betrag von — Mark.

Der alsdann aufgeführte „Fehlbetrag“ entspricht ziffermäßig dem Resultat des Subtraktions-Exempels, dessen Minuendus das „Steuersoll“ = Zahl der Köpfe mal 25 Pfennige und dessen Subtrahendus der bisher wirklich abgelieferte Betrag ist. Daß diese Art, eine Kopfsteuer anzuschreiben, direkt ungeheuerlich und rechtswidrig ist, das hätte dem Herrn Landrath wenigstens bekannt sein müssen. Denn nach §§ 9 und 10 der Kreisordnung für die östlichen Provinzen vom 13. Dezember 1872 darf:

1. die Auflage von Kreisabgaben nur zur Befriedigung der Bedürfnisse des Kreises stattfinden, und
2. die Vertheilung der Kreisabgaben nach keinem anderen Maßstabe als nach dem Verhältnisse der von den Kreisangehörigen zu entrichtenden direkten Staatssteuern und zwar nur durch Zuschläge zu denselben erfolgen.

Wird der Minister des Innern dem Königer Landrath die Wege weisen, oder wird er schweigen, wie er so berechtigt geschwiegen hat zu unserer Enthüllung über die Breslauer Gefängnißzustände? —

Aus den staatlichen Musterbetrieben. Die Gruben-verwaltungen suchen mitunter auf recht sonderbare Weise den Staat zu retten. So wurde, wie das Verbandsorgan der Bergleute mittheilt, auf einer Zeche bei Gelsenkirchen ein Ullas angeschlagen, in welchem es hieß, daß derjenige, der seine Steuern nicht pünktlich bezahle, zunächst einen Verweis und im Wiederholungsfalle seine Entlassung erhalte. Angesichts solcher Maßnahmen darf es, so schreibt die „Frankfurter Zeitung“, niemanden Wunder nehmen, wenn die Anzugerienheit unter den Bergleuten von Tag zu Tag wächst. Die „Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ fragt, ob wohl dem Herrn Baare und Konforten ein ähnlicher Ullas seiner Zeit vom Bochumer Verein zugestellt oder bekanntgegeben worden sei? —

Fußangel ist in die Zentrumsfraktion aufgenommen worden, was eine häßliche Schlappe für diese und ihren Chef, Dr. Lieber ist, der amtlich erklärte, Fußangel dürfe niemals ins Zentrum aufgenommen werden. —

Die Kundgebung für das allgemeine Wahlrecht in Wien und Graf Taaffe. Am 9. Juli, einem unerträglich heißen Sonntag Vormittag, haben die Wiener Arbeiter in einer die belgischen Kundgebungen in Schatten stellenden Großpartizipation für das allgemeine Wahlrecht demonstriert. Alle Liebesmühe des Wiener Stadtrathes, der Vertretung

der Wiener Bourgeoisie, und der Polizeidirektion war vergebens, die Demonstration fand statt. Die Arbeitermassen, ihre Ruhe und Manneszucht haben der Bourgeoisie und, wie es scheint, auch der Regierung Achtung eingebracht. Im Wiener Rathhause, wohl der prächtigsten und gewaltigsten Leistung der heutigen Baukunst, fanden zwei Versammlungen statt, von denen die eine allein nach Schätzung eines bürgerlichen Berichterstatters von über 15 000 Arbeitern besucht war. Vor dem Rathhause breitet sich ein großer Park aus, der außer vom Rathhause von der Universität, dem Hoftheater und dem Parlamentsgebäude eingeschlossen wird. Auch für diesen Platz war eine Volksversammlung einberufen, aber von der Polizeibehörde verboten worden. Trotzdem fanden sich dort nach Schätzung desselben Korrespondenten über 20 000 Arbeiter ein, die in musterhafter Ruhe trotz der sengenden Sonnenstrahlen den ganzen Vormittag aushielten. Für die Größe der Demonstration giebt schon die eine Angabe, daß 3000 Ordner von unserer Partei bestellt waren, einen Anhalt. Polizei war fast gar nicht zu sehen, so fehlte es an jeder Provokation, und die Kundgebung, an der sich gegen 50 000 Personen, so viele als eben überhaupt Platz finden konnten, beteiligten, verlief in vollster Ordnung und Ruhe. Ihre Wirkung wird sie nicht verfehlen. Graf Taaffe weiß dies, er sieht ein, daß gegenüber dem so entschieden und deutlich sich äussernden Willen des österreichischen Proletariates nicht mehr weiter fortgewurteilt werden kann. Es ist demnach sicherlich kein Zufall, daß der Leibarzt des österreichischen Ministerpräsidenten in seinem Wiener Tageblatt am Morgen der Demonstration einen Leitartikel veröffentlicht, in dem er mittheilt, daß die Regierung dem im September zusammentretenden Reichsrathe einen Gesetzesentwurf vorlegen wird, wonach Arbeiterkammern errichtet werden sollen, die Abgeordnete in das Parlament zu entsenden haben. Damit sucht man im Rahmen der österreichischen ständischen Vertretung den Arbeitern den Weg ins Parlament zu ebnen. Damit werden die österreichischen Arbeiter sich niemals abspenken lassen, sie werden festhalten an der Forderung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes. Das österreichische Parlament besteht hiinn aus Abgeordneten der Großgrundbesitzer, beim der Höchstbesteuerten, die fast ein Drittel aller Abgeordneten zu entsenden haben, aus den Abgeordneten der Handels- und Gewerbekammern, welche fast ein Fünftel des Abgeordnetenhauses bilden, und aus direkt gewählten Abgeordneten der Städte und indirekt gewählten Abgeordneten der Landgemeinden. Die beiden letzteren Gruppen werden von den sogenannten Fünfgulden-Männern gewählt, das heißt von denjenigen österreichischen Staatsbürgern, die 5 Gulden (8/10 M.) direkte Staatssteuern zahlen, zu denen noch mannigfache Zuschläge und Landes-, Kreis-, Gemeinde- und Kultursteuern hinzukommen. In dieses weder nach direktem, noch nach gleichem, noch nach allgemeinem Wahlrechte gewählte Parlament sollen Arbeiter als Delegirte der zu errichtenden Arbeiterkammern gewählt werden. Wenn auch die Arbeiter sich mit diesem Einsengerichte nicht begnügen können, so haben sie doch dieses Zugeständniß als politischen Erfolg zu betrachten; auch die Vertreter der Arbeiterkammern werden Rechte im Korpsentzichte sein und im österreichischen Parlamente unablässig eintreten für die politischen und sozialen Forderungen der Arbeiterklasse.

Selbst das Organ der österreichischen Fabrikanten, die Wiener Deutsche Zeitung, sagt: „Eine derartige Demonstration kann ihren Eindruck unmöglich verfehlen. Sie muß die Ueberzeugung wecken, daß der unter solchen Formen laut werdende und öffentlich vertretene Wunsch auf tiefwurzelnder Volksüberzeugung beruht und als ein nicht mehr aufzugebender Rechtsanspruch von den demonstrierenden Massen wirklich empfunden wird.“

Das Depeschensbureau „Gerold“ meldet unterm 10. Juli aus Wien:

„Sämmtliche Montagblätter drücken ihre Genugthuung aus über die ruhige und erlatte Haltung der Sozialisten in der gestrigen Versammlung. Die offiziöse Montagrevue“ findet es vernünftig, daß der Stadtrath ihnen die Räume des Rathhauses zur Verfügung stellte, besonders nachdem die Arbeiter, was auch ihre Ziele sein mögen, mehr politischen Anstand zeigten, als die Antisemiten.“

Aus Wien meldet eine Wolffsche Depesche: „Die Neue Freie Presse“ erklärt die Meldung, die Regierung beabsichtigt die Einbringung einer Gesetzesvorlage, betreffend die Interessenvertretung der Arbeiter durch die Arbeiterkammern mit dem Rechte der Wahl in den Reichsrath, in keiner Weise den Thatsachen entsprechend.“ (Ein ähnlicher Vorschlag ist seinerzeit von dem Führer der Liberalen, Herrn v. Plener, ausgearbeitet worden. Wenn Graf Taaffe zu einem solchen Wechselbalg von Arbeitervertretung nicht zustimmen will, so ist damit nichts verloren. R. d. W.)

Macht Euch nicht maunig! rufen die französischen Blätter der ausländischen Presse zu, die aus den jüngsten Krawallen in Paris die Zerrüttung Frankreichs folgert. „In Euern Ländern geht es nicht besser.“ Und sie zählen die Londoner Krawalle vom November 1887, die Berliner Krawalle vom Februar 1892, die Wiener Krawalle vom vorigen Monat auf u. s. w. Die französischen Blätter haben ganz recht — die Auflösung der Gesellschaft zeigt sich überall, wie Panama überall ist und nirgends nicht.

Der verfehlte Staatsstreich in Paris. Unsere Auffassung der letzten Pariser Vorgänge wird durch die unabhängigen französischen Blätter bestätigt. Das schwache Ministerium wollte sich durch ein Bad in Arbeiterblut stärken und für die Wahlen vorbereiten. Die bürgerlich-demokratische „Justice“ sagt zur Schließung der Arbeitsbörse:

„Die Regierung will also mit Gewalt eine Emute haben? Die Polizei tödtet einen Unschuldigen. Das genügt nicht. Mehrere Tage lang haben wir Krawalle, die sorgfältig von der Polizei gesteuert, sorgfältig von den weißen Blousen (Epäulen) verschärft und verzögert werden. Aber schließlich stellt die Ordnung sich doch wieder her. Was für eine abschreckende Bewandlung! Man schlägt die Spaziergänger zu Boden; man tödtet die Gasse in den Raschschüssen; man erstickt die Hospitalier, um die Ärzte und die Medizin-Studenten zu misshandeln. Und man bekommt keine Emute. Dann greift man zu einem wirksameren Mittel — man schließt die Arbeitsbörse!“

Im Augenblick, wo die Ruhe sich in Paris wieder hergestellt, kehrt die Regierung Truppen von 60 bis 80 Stunden Entfernung heranzukommen. Sobald die Truppen da waren, besetzte die Polizei die Arbeitsbörse. Wohlgerückt hierzu hat man nicht den Schatten eines Grundes oder auch nur Vorwands. Man hat von einer Verletzung des Gesetzes gesprochen.

Und in der That eine Gesetzesverletzung liegt vor — Das Handeln der Regierung. Der gegenwärtige Zustand der Arbeitsbörse ist das Werk des Ministers, der das Gesetz über die Syndikate eingebracht hat, des Herrn Waldeck-Rousseau, der sicherlich kein Revolutionär ist. Wenn das Gesetz von mehreren Syndikaten verlegt wurde, so ist Herr Waldeck-Rousseau der erste Schuldige. Die Statuten der Arbeitsbörse, die vom Seinepräfecten genehmigt worden sind, bestimmen ausdrücklich, daß die freien Fachvereinigungen sich in der Arbeitsbörse ebenso gut vereinigen können, wie die auf Grund des Gesetzes von 1884 gegründeten Syndikate. Die Regierung wagt auch gar nicht zu sagen, daß sie auf Grund eines Gesetzes handelt. Als sie befragt wurde, da antwortete sie: „Ich handle kraft meines Rechts als oberste Polizei“. Das heißt nach Willkür und Saune.“

So die „Justice“. Ähnlich sprechen sich alle übrigen Zeitungen aus, welche nicht im direkten Dienst der regierenden Parteien stehen. Die Arbeiter verhalten sich ruhig — sie werden nicht in die Falle gehen. Aber die Lage ist auf's Äußerste gespannt.

Außer der Zentral-Arbeitsbörse ist auch die kleine Arbeitsbörse geschlossen worden. (Siehe den Pariser Brief unter Parteinachrichten.)

Belgien. Genosse Defnet hat eine Anklage erhalten auf: 1. Beleidigung der Kammer, 2. Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Behörden, 3. Komplott gegen die Sicherheit des Staats. Und das alles wegen einer Rede während der jüngsten Krawalle um das allgemeine Stimmrecht. Unsere belgischen Genossen finden die Anklage sehr merkwürdig. Wir nicht. Bei uns, im Lande der Sozialreform, gehören derartige Anklagen zu den Alltäglichkeiten. Die Belgier werden sich noch daran gewöhnen. —

In Italien panamat und kräftelt es fortwährend. Am Sonnabend gab es in der Kammer wieder einen höllischen Spektakel. Es handelte sich um die Annahme eines Bankgesetzes, und das Oppositionsmitglied Bovio brachte bei dieser Gelegenheit den Bankstempel und das italienische Panama zur Sprache. Er meinte, es sei eine Schande, daß verschiedene Deputirte für dieses Gesetz stimmen könnten, statt im Zuchthaus zu sitzen, wohin sie gehörten. Darob Ordnungsruf und große Entrüstung derer, die sich getroffen fühlten. Schließlich legte sich aber der Sturm und der Gesetzentwurf wurde mit 222 gegen 135 Stimmen angenommen. Wann der nächste Skandal? —

„Armenische Greenel“ sputen wieder in der russischen Regierungspresse und werden von gedankenlosen Philanthropen, die den Sachverhalt nicht kennen, als Agitationsmittel gegen die „barbarischen Türken“ benutzt. Die Wahrheit ist, mehrere Armenier, darunter auch ein Priester, sind von türkischen Nichtern zum Tode verurtheilt worden. Jedoch nicht aus Religionsfanatismus, sondern weil sie im Solde Rußlands einen Aufstand und eine Türkenmeuterei vorbereiteten. Man weiß ja, wie die Agenten des Zaren es in Bulgarien treiben. Nun in Armenien befolgen sie genau dieselben Praktiken. —

Soziale Ueberblick.

An die Kellner und Berufsgenossen Deutschlands! Kollegen! Wenn wir heute abermals an Euch herantreten mit dem Ruf: Vereinigt Euch, organisiert Euch! — so veranlaßt uns dazu die tieftraurige Lage, in der sich die Angestellten im Gastwirthsgewerbe noch immer befinden. Werdet Ihr nicht nach wie vor von Euern Arbeitgebern bei überaus langer Arbeitszeit durch einen niedrigen Lohn abgefunden? Seid Ihr nicht noch immer auf den Trinkgeldbettel, der Euch zu Menschen zweiter Klasse degradirt, angewiesen? Noch mehr. Beuten nicht unsere Prinzipale gemeinsam mit den Kommismissionären Euch auch noch dadurch aus, daß sie jenen Stelleninhabern die Vermittelung unserer Arbeitskraft übertragen, besiochen durch deren Zwangsgelge, die auf unsere Kosten gemacht werden? Kollegen! Nicht durch Witten, nicht durch Harmoniedisziplin, wie die alten Vereine sie betreiben, sondern durch eine festgeschlossene, starke Organisation kann hier Wandel geschaffen werden. Kollegen! Endlich soll daran gegangen werden, ein „Spezialgesetz“ für die Gastwirths-Angestellten zur Beratung zu bringen. Die Reichstags-Kommisssion für Arbeiterschutz ist damit betraut. Erhebungen über unsere Arbeitsverhältnisse anzustellen. Die von der Kom-misssion demnächst auszugebenden Fragebogen müßt Ihr ge-wissenhaft aber ohne Beschränkung Eurer wahren Lage beantworten. Beruht allerorts Versammlungen ein, um Material zu sammeln für unsere Abgeordneten im Reichstage, die sozialdemokratischen Vertreter, die eingehen, die ein Verständniß für die Leiden des Volkes haben, die einzigen, die auch unsere Interessen wahren.

Und die organisierte Arbeiterschaft Berlins aber rühten wir gleichzeitig das Geschehen, uns in unserm schweren Kampfe wenigstens insofern zu unterstützen, daß sie da, wo sie Einfluß hat, darauf dringt, daß der kostenlose Arbeitsnachweis unserer Gewerkschaft, der sich Innenstr. 16 (Telephon IV. 1116) befindet, benutzt werde. Genossen, um die sichere Gewähr zu haben, daß seitens der Wirthe obige Bedingung erfüllt werde, solltet Ihr bei Abmachung der Sätze zu Euern Festlichkeiten denselben Kontraktlich dazu verpflichten, beim Fest selbst aber durch Einschickung der Arbeitscheine Euch dessen vergewissern, da die Erfahrung lehrt, daß unsere Arbeitgeber jede mögliche Unterthür benutzen, unsere Gewerkschaft des Lohntarifs wegen zu umgehen. Unsere Mitglieder aber haben wir veranlaßt, ihre Mitglieds-karten, welche in diesem Quartal von grauer Farbe blaue durchstrichen sind, stets bei sich zu tragen. Wir betonen aber ausdrücklich, daß diese nicht, wie fälschlicher Weise mancherorts angenommen wird, dazu dienen soll, dem Inhaber persönliche Vortheile zu verschaffen. Nicht für Trinkgeld, sondern gegen dasselbe und für höhere Löhne kämpfen wir und damit für Entlastung der Arbeiter als Wirthshausbesucher.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Der Vertrauensmann der Berliner Kellner.
Dugo Pösch, Melchiorstr. 7.

Der Nutzen des Militarismus wird wieder einmal dem Unternemertum zu demonstrieren gesucht. In Breslau streiten die Korfschneider der Hammerschen Fabrik. Um den Sieg der Korfschneider zu verhindern, wurde ein Soldat, ein gelernter Korfschneider, von seiner Truppe abkommandirt, dem Herrn Hammer seine Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen. Bei solchen Beweisen des Wohlwollens werden die Wabelstrempfer und andere Volksvertreter von Geldsackgnaden mit doppelter Freude zur neuen Militärvorlage ihre Zustimmung geben.

Die abschrecklichen Zustände in den Ziegeleien sind in unserem Blatte kürzlich eingehend geschildert worden. Wie sehr wir den Nagel an den Kopf getroffen haben, zeigt eine Zeitschrift, die uns aus Dam h o r s t, einem Hauptstih der Ziegeleifabrikation im Kreise Templin, zugeht. In diesem Orte, heißt es, befinden sich 22 Ziegeleien, deren Besitzer meistens Millionäre

sind und die sich selbstverständlich mehr um das Wohl ihre Aufsicht und Meisterei als um ihre Arbeiter kümmern müssen. Diese sind meistens Polen, denn die Einheimischen finden selten Beschäftigung und zwar weil die Meister, die nach der in allen Ziegeleien herrschenden ählichen Gewohnheit die Arbeiter mit Lebensmitteln versorgen, an den Orte anfassigen Arbeitern nicht genug verdienen. Die Lebensmittel, welche die Arbeiter gebrauchen, lassen sich die Meister zum größtentheils mit Wucherpreisen bezahlen. Der Meister kauft z. B. 48 Flaschen Bier mit 3 M. ein; dem Arbeiter wird es pro Flasche mit 10 Pf. angerechnet. Schmalz, Butter, Käse u. s. w. wird zu doppeltem Preise verkauft; ein Hering ordinarischer Sorte kostet 10 Pf. Ueberhaupt sind die von den Meistern verkauften Lebensmittel in den meisten Fällen von der allerschlechtesten Qualität; die Polen würgen es hinunter, denken die Meister. Durch dieses ohne Scheu betriebene Trudsystem wird der Arbeiter in einem Grade abhängig, daß man ruhig sagen kann, er hat sich mit Leib und Seele dem Meister gefangen gegeben. Bei einer Lohnzahlung, der unser Berichterstatter beimobnte, erhielt ein Arbeiter 15 Pf. ausbezahlt, ein anderer 55 Pf. und ein dritter blieb gar noch 1,20 M. schuldig. Den ganzen Arbeitsverdienst hatte der Meister für bereits gelieferte Lebensmittel in seiner Tasche behalten. Die Behandlung, welche sich die polnischen Arbeiter gefallen lassen müssen, spottet jeder Beschreibung, sogar Prügel soll es hier und da geben.

Und solche Zustände herrschen in der Nähe von Berlin und unter dem Zeichen der Sozialreform. Eine eingehende amtliche Untersuchung der Arbeitsverhältnisse auf Ziegeleien ist, wie auch die letzte Lohnbewegung lehren sollte, aufs dringendste geboten. Was die Selbsthilfe bei den aus schändlichste behandelten unorganisirten Arbeitern zu bedeuten hat, weiß man; der ungestüm emporstrebende Unmuth wird vom Gendarm in der ählichen prompten Weise gedämpft und der Rest ist dann für die gefangenen Opfer ein Prozeß wegen Landfriedensbruchs oder ähnlicher Dinge und für die wieder ins Zoch Zurückkehrenden die alte Qual in verhärteter Anklage. In eine Organisation ist bei diesen auf verhältnismäßig niedriger Kulturstufe stehenden Arbeitern vorerst nicht zu denken; umjomehr aber wäre es Pflicht des Staates, die Leiden der Ziegler wenigstens etwas zu lindern.

Ueber den mit Gewalt niedergeworfenen Streik der Fünfstücker Vergleute enthält der in Lemesvar erscheinende „Volkswille“ einen interessanten Bericht, den wir als bezeichnend für die Art wiedergeben, wie innerhalb der schwarzgelben Grenz-pfähle Sozialreform getrieben wird. Der Fünfstücker Vergleuter-Streik, so schreibt unser Bruderorgan, kann als beendet betrachtet werden; die Arbeiter mühten der gegen sie ausgebotenen Gewalt weichen. Die ungarische Regierung, welche in dieser Arbeitseinstellung das Angreifen eines ihrer Schützlinge, der österreichischen Donau-Dampfschiffahrt-Gesellschaft sah, erklärte den Streitenden sofort den Krieg. Sie sandte 200 Husaren, 700 Infanteristen und 100 Gendarmen, die zu Pferde und zu Fuß, mit Schwert, Karabiner und Gewehr den wehrlosen Feind bestürmten, wie die zivilisirenden Europäer die Wilden in Afrika. Das erste Treffen fand, wie wir bereits berichteten, am 12. Juni statt. Der Feind retirirte gar bald und verlor sich in seine Hütten, jedoch die siegreichen Truppen trieben sie auch von dort hinaus und führten die Führer von ihnen, in Ketten geschlagen, zum Kriegsschiffe nach Fünfstücken, wo sie verurtheilt oder abgeschubirt werden. Nach dem siegreichen Sturm hat natürlich der Kommandant, Major Bogel, an das Budapester Korpskommando sofort telegraphischer Bericht erstattet, als wenn wenigstens von der Napoleon zu Grunde richtenden Bestürmung Leipzigs oder der Waterlooer Schlacht die Rede wäre.

Die Soldaten, Behörden und die Gendarmerie haben an den streitenden Arbeitern die unerhörtesten Gewaltthaten verübt. Eine Deputation, welche beim Minister des Innern in Budapest erschien, um Schutz vor den Gewaltthaten zu fordern, brachte als corpus delicti den Bart eines alten Bergmannes, der dem Greise von einem entmenschten Soldaten ausgehauen wurde.

Minister Hieronimi versprach zwar, sein Möglichstes zu thun, leider aber blieb es bloß beim Versprechen. Eine demeritenswerthe Reueuerung gab er bei dieser Gelegenheit ab, indem er erklärte, daß er wohl die Gesellschaft nicht anhalten könnte, gewisse Lohnsätze zu bewilligen, andererseits aber können auch die Arbeiter nicht gezwungen werden, zu bestimmten Lohnsätzen zu arbeiten. Und doch Militär und Gendarmerie!

Gelegentlich dieses Ausstandes streikten unsere kapitalistischen Journale von den unsmüthigen und widerwärtigsten Meldungen. Den höchsten Blödsinn schrieb das Börsianer-Journal „B. L.“ zusammen, indem es seinen Lesern aufsticht, daß der Streik durch Anarchisten und anarchische Zeitungen und Broschüren angezettelt wurde.

Also nicht der Hunger, sondern die Anarchisten sind an dem Ausstand von 8000 Arbeitern schuld! Wir können nur schwer begreifen, was bei dem Umstande, daß die Vergleute im Fünfstücker Kohlenrevier monatlich 12—14 fl. an Verdienst erhalten, die leidhaftig nie zu lebenden „Anarchisten“ noch aufzuwiegen haben. Nun ist der Hunger der friedlich um Verbesserung ihrer Lage aufstretenden Vergleute mit Säbelhieben, Kolbenstößen und Bajonettschüssen gestillt.

Aus Oesterreich. Ein Schutzmacherstreik ist infolge Lohnhöherens in der Fabrik von Bedeles u. Co. in Wien ausgebrochen. — Der Streik der F a s h i n e r in den Wiener Brauereien ist beendet; nur in einzelnen Brauereien konnten Lohnhöhungen durchgeführt werden. Durch den Zug von Streikbrechern sind 66 Fassbinder, meistens Familienväter, außer Arbeit gesetzt und unterkühlungsbedürftig geworden. — In der Gummitraavenfabrik der Gebrüder Trebitsch streikten 45 Arbeiter und Arbeiterinnen. Durch den Streik hoffen die Kaufhändler es dahin zu bringen, daß die Firmeninhaber in den höchst gesundheitschädlichen, mit Chlor, Schwefel, Schwefelkohlenstoff- und Benzindämpfen geschwängerten Arbeitsräumen die notwendige Ventilation, sowie einige sonstige sanitäre Einrichtungen anbringen lassen. Bezeichnend ist der äußere Anlaß zum Streik, den Arbeitern war es nämlich untersagt worden, ihr Frühstück außerhalb des verpesteten Arbeitsraumes zu verzehren. Der Lohn beträgt in der Fabrik für Arbeiterinnen 1 fl. 80 kr. bis 3 fl., für die Arbeiter in der besonders gesundheitschädlichen Vulkanstrung 9 fl. — Der Streik bei Pollak und F o s e l i n g i n M e i d l i n g ist beendet, eine Reihe von Forderungen wurden bewilligt. — Unglücklich verlaufen ist der Streik bei Peter in Breitensee. Ein Theil der Arbeiterinnen wurde zu Streikbrecherinnen.

Auch in Ungarn sind an einigen Orten Lohnbewegungen im Gange. In Szegedin streikten die Spenglerarbeiter. In einem gedruckten Aufreufe verlangen sie die Einführung einer zehnstündigen Arbeitszeit, statt der Verpflegung Kostgeld und die Aufzahlung des Lohnes, am Sonnabend einen jeden Woche. — Der Streik der Agrarer Tischergesellen dauert fort, doch hat sich die Zahl der Streikenden schon auf 45 vermindert, da ein großer Theil der Meister die Forderungen der Gehilfen bewilligte. Unterstützungen sind notwendig. Zugung ist unbedingt fernzuhalten. — Eine Bewegung zur Verbesserung ihrer Lage ist auch unter den Gardaren (Dienstmannern) in Budapest entstanden. In einer Versammlung wurde die Gründung einer Organisation beschloffen; auch stimmte man einer Petition zu, in welcher die Verbesserung der materiellen Lage erstrebt wird.

Achtung Möbelstihler! In Greenod (Schottland) ist ein Ausstand der Möbelstihler ausgebrochen. Wahrscheinlich werden die Unternehmern in Deutschland nach Streikbrechern angeln; es ist daher Pflicht der organisirten Tischler, ihre Kollegen dringend vor unüberlegten Schritten zu warnen. In näherer Zukunft ist bereit John T u l t o w, Alliances and Scottish Union, Mechanic Institute, Greenod, Schottland.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Dienstag, den 11. Juli.
Friedrich-Wilhelmstadt Theater.
Die schöne Helena.
Kroll's Theater. A Santa Lucia.
Viktoria-Theater. Frau Venus.
National-Theater. Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago.
Adolf Ernst-Theater. Der Schwiegerpapa.
Alexanderplatz-Theater. Galeotto.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 182.
Sensationelle Novität!
Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago.
Große Ausstattung-Posse mit Gesang und Tanz in 5 Aufzügen von Eugen Prudon. Musik von Adolph Widoeko.
Regie: M. Samst.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. — Anfang der Abend-Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Im Garten auf der Sommerbühne:
Ein kleines Mißverständnis.
Lustspiel in 1 Akt. — Regie: F. Schäfer.
Hierauf:
Die Ballettschule.
Posse mit Gesang und Tanz in 1 Akt.
Regie: Hugo Hammel.
Vor, nach und zwischen dem Lustspiel und der Posse Aufstehen von Spezialitäten I. Ranges. Neues Programm.
Morgen: Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago.



Passage-Panopticum.
Grösstes
Schau- u. Vergnügungs-Etablissement der Welt.
Entree 50 Pf.

Castan's Panopticum.

Neu:
Der Tod als Erlöser.
Neu:
Die Schreden des Meeres.
Bauern-Aufstand!
Musikalische Vorstellungen.
Irrgarten. — Schrockenkammer.

Victoria-Brauerei.

Lützowstraße 111-112.
Garten resp. Saal (außer Sonnabends)
Täglich Stettiner Sänger.
Stets wechselndes Programm.
Anfang Sonntag 7 Uhr, Wochent. 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Vorverkauf.
Billets Sonntags keine Gültigkeit.
Neu! Zum Schluss: Neu!
Kurze Weiberlaune.
Nach der Soiree: Tanzkränzchen.

Schweizer-Garten

Am Künigsthor. Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Gedr. Boyer; Gedr. Caudell; Familie Grunathos; M. Grabow; Hulda Lucas; Herm. Schulte u. s. w.
Im Saale: **Ball.**
— Volksbelustigungen aller Art. —
Entrée 30 Pf.
Jed. Mittwoch: Familien- u. Kinderfest.

Gratweil'sche Bierhallen.

Kommandantenstr. 77-79.
Täglich:
Aufstehen der Leipziger Sänger vom Festsaal-Palast.
Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 10 Pf.
Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf.
Anerkannt gute Küche.
Für Festlichkeiten und Versammlungen.
Carl Koch.

Königl. Italienischer Circus Ernesto Ciniselli.

Stadtbahnstation Zoologischer Garten.
Heute, Dienstag, den 11. Juli:
Große Brillant-Vorstellung.
Zum 4. Male:
Die Erschaffung des Weibes
oder:
Das Weib durch die Jahrhunderte.
Gr. Ausstattungspantomime mit Ballet mit durchweg neuen Dekorationen, Kostümen, Requisiten u. Geschl. geschäft. Inszenirt vom Dir. Ernesto Ciniselli. Arrangements u. vornehmende Länge vom königl. italienischen Balletmeister Ant. Tignani.
Ferner Aufstehen der renommiertesten Künstler und Künstlerinnen, sowie Reiten und Vorführen der bestdressirten Schul- und Freizeitsperde.
Achtungsvoll
Ernesto Ciniselli, Direktor.

BERLINER HIPPODROM

am Kurfürstendamm.
2 Min. von Station Zoolog. Garten.
Wegen Vorbereitung zur neuen Pantomime findet am Dienstag keine Vorstellung statt, dafür **Frei-Konzert** von 5 Uhr Nachmittags bis 1 Uhr Abends.
Mittwoch, den 12. Juli:
Am Strande von Ostende.
Gr. Pantomime unter Mitwirkung von 300 jungen Damen, 200 Herren und 80 Pferden. Grosses Corps de ballet. Ruder-Regatta, Blumenkorso, Feuerwerk etc. etc.
Im Park: **Grosses Konzert.**
Anfang 6 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Ostbahn-Park

am Rüttriner Platz, (Hermann Jmba)
Rüdersdorferstr. 71, am Ostbahnhof.
Täglich: Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Neu u. sensationell: 3 Schwestern Perotti, Kunstfahrrerinnen, Emmy u. Reinhold Hintsche, Gesangs- u. Charakter-Duettisten u. Volksbelustigung, jeder Art. 4 Regeltbahnen u. Verfügung, Kaffeelücke geöffnet an Wochentagen von 2 bis 6 Uhr, Sonntags von 2-5 Uhr.

Etablissement Moritz-Platz Buggenhagen.

Moritz-Platz.
Täglich: **Gr. Garten-Konzert.**
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Anstalt von Vahnhof's Lagerbier, hell und dunkel. Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen statt.
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
Gäle für Versammlungen, Kommerze, Festlichkeiten u.

Achtung! Gr. Sommerfest

Berliner Klavierarbeiter

am Montag, den 17. Juli 1893, in Imbs' Ostbahnhof, Rüdersdorferstraße.
Grosses Garten-Konzert und Spezialitäten-Vorstellung.
Tanz auf dem Balchampêtre.
Sindertheater. — Parouflets und Belustigung aller Art.
Anfang 4 Uhr. — Entree 20 Pf.
Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.
Der Reinertrag ist für die Familie eines aus Preußen ausgewiesenen Kollegen bestimmt. — Die Kaffeelücke ist von 2 Uhr an geöffnet. 869/18
Kollegen! Das Komitee ersucht Euch, dies Fest zum Treffpunkt aller Kollegen zu machen und die so oft erprobte Solidarität der Klavierarbeiter wieder zur Geltung zu bringen.
Billets à 20 Pf. sind zu haben bei Rohr, Restaurant, Naunynstr. 78; Karl Riediger, Oranienstr. 24 v. 4 Tr.; Johannes Orth, Böckstr. 25, v. 4 Tr.; Paul Scholz, Am Ostbahnhof 7 v. 3 Tr. und in allen mit Plakat belegten Geschäften. Es wird dringend ersucht, die Billets möglichst spätstens zum Fest bei den Abnahmestellen abzurechnen. Das Komitee.

Achtung! Zweites Stiftungsfest

des Zentralverbandes deutscher Textilarbeiter und -Arbeiterinnen
Filiale Berlin.
Sonntag, den 16. Juli, im Kongertpark Viktoria, Frankfurter Allee 72/73:
Grosses Konzert
ausgeführt von den Zivil-Verbandsmusikern, sowie Aufstehen des gesamten Spezialitäten- und Künstlerpersonals.
Anfang 4 Uhr. — Billets im Vorverkauf 20 Pf.
Im Saal: **Grosser Ball.** Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pfennige extra.
Billets sind bei sämtlichen Vertrauensleuten, sowie Freitag Abends von 8 Uhr ab bei Feindt, Weinstr. 11, zu haben.

Zahn-Arzt **Rob. Wolf**, Brannenstrasse 4 (Rosenthaler Thor). Künstl. Zähne. Thoilzahlung. Schmerzloses Zahnziehen etc. Sprechstunden 8-7 Uhr.

Ein dreifaches Hoch zum Wiegensfeste unseres Aneipwirths
Thilo Biedung, Liederstr. 10.
Das Helle schmeckt ja immer wunderbar schön, darum woll'n wir auch heut ein Töpfchen von nehmen.
827b Die rothen Stammgäste.

Allen Freunden und Bekannten die Nachricht, daß unser lieber Bruder, der Tischler
Hermann Huth
am 8. d. M. im Alter von 31 Jahren verstorben ist. Die Beerdigung findet am 11. d. M. Nachm. 6 Uhr von der Leichenhalle des St. Emmanuels-Kirchhofes aus statt.

Sozialdemokrat. Agitations-Verein für den Kreis Wittenberg, Torgau u. s. w.
Generalversammlung
am Mittwoch, den 12. Juli, Abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale Neue Grünstraße 14.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und des Kassirers. 2. Wahl des gesamten Vorstandes. Mitglieder, welche im Rückstande mit Beiträgen sind, werden aufgefordert, dieselben zu entrichten.
388/15 Der Vorstand.

Brauerei H. Klemm & Co.,

Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 39, empfiehlt ihr stark eingebrautes **Beiß-Berberisch-Braunbier.**
Wir bitten genau auf unsere Firma zu achten. 836b

Altes Schützenhaus,

Linienstraße 5, empfiehlt seine Festsäle (560 Personen fassend) zu allen Gelegenheiten. 738b

Moabiter Gesellschaftshaus.

Mi-Moabit 80 und 81.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung, sowie Concert.
Anfang 4 Uhr.
Entree 30 Pf., reservirter Platz 50 Pf. 4127L*
Helmuth Peters.
Donnerstag, den 13. Juli: Benefiz für die Marnitz-Gasch-Truppe.

Restaurant Zur neuen Post,

Beuthstrasse 21.
Großer Frühstücks- und Mittagstisch, reichhaltige Abendkarte.
Festsäle bis 1000 Personen zu Hochzeiten und sonstigen Festlichkeiten, Versammlungen. 4334L*
Vereinszimmer, Oktober u. Dezember sind noch einige Sonnabende u. Sonntage frei, an Wochentagen unentgeltlich.
Moritz Cohn.

Großes Vereinszimmer

auch mit Klavier-Benutzung, zu vergeb 682b* Charlottenburg, Goethestr. 73.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 23. Juli:
Feier des III. Stiftungsfestes
im Schloß Schönholz bei Pantow.

Programm:
Grosses Konzert, ausgeführt von 40 Mitgliedern der Freien Vereinigung der Zivilberufsmusiker.
Gesangsaufführung von 300 Sängern (Mitgliedern des Arbeiter-Sängerbundes) unter Leitung des Bundesdirigenten **O. Gutau.**
Im großen Saale:
Aufführungen des preisgekrönten Festspiels
von **E. Herzdorf**

„Empor zum Licht.“

Um 10 Uhr: Eröffnung von
Eugen Richter's Zukunftsstaat.
1. Belustigungsort. 2. Museum. 3. Theater. 4. Fingelband. 5. Welschhüede des Genossen Bachem. 6. Stiefelpuhnkintut des Genossen Eugen Richter. 7. Wdrfe. 8. Heim für Löhner höherer Stände. 9. Gefängniß.
Grosso Verloosung bedeutender dichterischer Werke und Photographien.
Vormittags: **Wettkegeln.** Nachmittags: **Wettspiele** für Damen, Herren und Kinder. In der Halle: **Tanz.**

Beginn des Frühkonzerts: 7 Uhr.
Für ausreichende Verkehrsmittel ist Sorge getragen.
Billets sind zu haben in allen mit Plakaten belegten Handlungen, besonders in folgenden Geschäften:

N.: D. Brüdner, Restaurateur, Lothringerstr. 67. A. Hingz, Zigarrenhandlung, Pantstr. 14a. Jellenberg, Restaurateur, Brunnenstr. 122. S. Wehnert, Zigarrenhandlung, Diebenschloßstr. 3. Aug. Penn, Zigarrenhandlung, Demminstraße 62. M. Winkelmann, Zigarrenhandlung, Ackerstr. 133. Ernst Beyer, Zigarrenhandlung, Veteranenstr. 14. Rudolf Stolpe, Zigarrenhandlung, Stettinerstr. 17. A. Lich, Zigarrenhandlung, Invalidenstr. 124 gegenüber dem Stettiner Bahnhof. Franz Kleinert, Schankwirth, Müllerstraße Eingang Jennisstraße. F. Braun, Kafamien-Allee 97. A. Galdow's, Kolonialwaarenhandlung, Bernauerstr. 73. Carl Jödecke, Strelitzerstr. 52. Richard Bessen, Zigarrenhandlung, Zionskirchplatz 7. D. Mann, Gerichstr. 19. Schensch, Restaurateur, Schönhauser Allee 63. F. Döring, Zigarrenhandlung, Ruppinerstraße 21. E. Schmidt, Zigarrenhandlung, Gartenstr. 56. Wilhelm Beale, Swinemünderstr. 4. G. Wibel, Elisabethkirchstrassen-Ecke. Gustav Meyer, Zigarrenhandlung, Veteranenstr. 2. Fr. Hohn, Restaurateur, Zionskirchplatz 11.
NO.: Riemeyer, Zigarrenhandlung, Weberstr. 19. S. Gumpel, Zigarrenhandlung, Barnimstr. 42. S. Tigner, Zigarrenhandlung, Friedenstr. 104. Wilhelm Spät, Restaurateur, Weinstr. 28. Franz Seydemann, Zigarrenhandlung, Danzigerstr. 10. S. Wendt, Zigarrenhandlung, Strausbergerstr. 47.
O.: Franz Ungering, Restaurateur, Breslauerstr. 27. E. Böhl, Restaurateur, Frankfurter Allee 74. D. Jabel, Frankfurter Allee 90.

SO.: E. Arndt, Zigarrenhandlung, Salingerstr. 107. E. Böhlert, Zigarrenhandlung, Mariannenstr. 5. A. Rehr, Gutgeschäft, Köpnickstr. 126. G. Gieschmann, Zigarrengeschäft, Sorauerstr. 10. Gerfried, Adalbertstr. 4. Oskar Krone, Zigarrengeschäft, Adalbertstr. 24. Eingang Engel-Ufer. Frau Biese, Hof, Restaurateur, Bienerstr. 1-6. Carl Tritekwitz, Restaurateur, Faldenheinstr. 7. F. Nielsen, Brangelstr. 100. Th. Goerte, Brangelstr. 125. D. Wolter, Eisenbahnstr. 84. Scholler, Schleifstr. 57. D. Pösch, Adalbertstraße 82. Fr. Zubeil, Naunynstr. 86.

S.: F. Nielamp, Zigarrenhandlung, Gräferstr. 93. G. Schulz, Zigarrenhandlung, Admiralstr. 40. W. Börner, Zigarrenhandlung, Ritterstraße 108. S. Saake, Buchhandlung, City-Passage. D. Schindke, Zigarrengeschäft, Wasserthorstr. 20. Grindel's Restaurant, Dresdenerstr. 116.

SW.: A. Ochs, Zigarrenhandlung, Lindenstr. 59. J. Windhorst, Zigarrenhandlung, Junkerstr. 1. Richard Schulz, Papierhandlung, Kahnhofstraße 21. A. Laege, Restaurateur, Färberingerstr. 22. E. Schulz, Zigarrenhandlung, Mittenwalderstr. 2. Ewald Böhm, Friederichstr. 43. A. Wächter, Blücherstr. 40. Albert Wölcher, Zigarrengeschäft, Jostenerstr. 21. Grube, Restaurateur, Solmsstr. 22.

W.: E. Behrend, Restaurant, Blumenthalstr. 5. Seidenfieder, Jäger- und Kanonierstrassen-Ecke.
NW. (Moabit): Frith Bosh, Zigarrenhandlung, Lübeckerstr. 8. Ernst Sparfeld, Zigarrenhandlung, Sironstr. 20/21, Eingang Perlebergerstraße. Hermann di Dio, Koloniestr. 148.

C.: Albert Löwenberg, Zigarrenhandlung, Neue Schönhauserstr. 18. P. Horich, Zigarrenhandlung, Spästr. 5. Bruno Scheithauer, Musikalienhandlung, Rosenthalerstr. 64 gegenüber der Auguststraße. F. Weber, Restaurateur, Landsbergerstr. 41. Ecke Viehmannstraße. M. Raff (Zug Frau Dahms), Buchgeschäft, Spandauer Brücke 14. Wilhelm Thierbach, Gastwirth, Friederichsgracht 16. Ferdinand Guttman, Zigarrenhandlung, Linienstr. 41. Schmidt, Wallstr. 65.

Rixdorf: Otto Weishuhn, Zigarrenhandlung, Hermannstr. 167.
Das unterzeichnete Komitee bittet die Mitglieder und Freunde der Freien Volksbühne höflich, ihren Bedarf an Billets den Zahlstellen möglichst bald zu entnehmen, damit sie eine Ueberfluth über die muthmaßliche Zahl der Festtheilnehmer gewinnt und so in der Lage ist, allen Wünschen der Gäste Rechnung tragen zu können.

Für geeignete Sprengvorrichtungen ist gesorgt, so dass kein Staub entstehen kann.
Das Festkomitee.

Maler, Lackirer, Anstreicher.

Donnerstag, den 13. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, in Böllig's Restaurant, Neue Friedrichstr. 44:
Combinirte Filial-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Der Provinzialtag für Brandenburg. 2. Abrechnung der Fachschule.
3. Unser Arbeitsnachweis. 4. Verschiedenes.
234/15 Der Einberufer.

Achtung! Friedrichsberg. Achtung!

Mittwoch, den 12. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Spitzig, Frankfurterstr. 193:
Große öffentliche allgemeine Versammlung
der Bewohner von Lichtenberg und Friedrichsberg.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Stadtv. Theodor Metzner über Kommunes. 2. Diskussion.
388/18 Der Einberufer: O. Schultze.

Achtung! Arbeiter. Achtung!

Dienstag, den 11. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, in den Germania-Prachtsälen, Chausseestrasse No. 103:
Gr. anarchistische Volksversammlung.

Freie Diskussion über: „Der jetzt offiziell anerkannte Justizmord von Chicago.“
Arbeiter, die ihr diesen Gewaltthat gegen 8 Eurer besten Mitkämpfer verdammt, erscheint zahlreich.
829b
Dazu eine Beilage.

Parteinachrichten.

Der bekannte Erlass des Ministers Herrsch, die Öffentlichkeit der Wahlhandlung betreffend, hat verschiedenen Landräthen schwer im Magen gelegen. Bekannt ist der Kommentar des Landrats Stubenrauch zu dem Erlass, wonach die Wahlvorsteher angewiesen worden sind, den sich zur Kontrolle im Wahllokal aufhaltenden Sozialdemokraten jede, auch die geringste Bequemlichkeit und Gefälligkeit zu verweigern und sie, sowie sie sich „lästig machen“, aus dem Lokal hinauszurufen. Eine ähnliche, womöglich noch härtere Korrektur hat der Landrat des Kreises Kassel, ein Herr Dörnberg an dem Erlass vorgenommen. Man lese folgende Mitteilung, die unser Bruderorgan, das „Volksblatt für Hessen und Waldeck“ bringt. Genosse Dietrich, so heißt es, beschwerte sich nach der Hauptwahl unter Zeugen bei dem Herrn Kreissekretär darüber, daß er in das Wahllokal zu Münchhof nicht eingelassen wurde, unter ausdrücklicher Betonung des Umstandes, daß ihm von Seiten des Wahlvorstandes keinerlei Legitimation darüber abverlangt, ob er Wähler sei. Dieser Umstand sollte ausdrücklich in dem ausgenommenen Protokoll vermerkt werden. Auf die Beschwerde ging nun D. folgende Schreiben zu:

Königl. Landratsamt Kassel, den 28. Juni 1893.

Das Verhalten des Wahlvorstandes zu Münchhof, über welches Sie sich beschwerten, weil er Sie aus dem Wahlraum gewiesen, erkenne ich als ein berechtigtes an. Die Öffentlichkeit der Wahlhandlung ist nach der Entscheidung des Reichstages nur insoweit vorhanden, daß jeder Wähler Zutritt haben soll. Wähler ist nur derjenige, der in der Wahlliste irgend eines Bezirks als solcher eingetragen ist. Da Sie nicht in der Wahlliste von Münchhof eingetragen sind und auch nicht den Nachweis zu erbringen vermochten, daß Sie in einer anderen Wahlliste eingetragen seien, so war der Wahlvorstand im Recht, wenn er Ihnen den Zutritt zum Wahlraum verweigerte. Selbstverständlich ist es wohl, daß eine von einer beliebigen Person oder einem Vorstände ausgestellte Bescheinigung die Eigenschaft des Inhabers als Wähler nicht beweisen kann.

Der Landrat: Dörnberg.

An den Kaufmann Herrn Philipp Dietrich Wohlgeboren Kassel, Bremerstr. Nr. 14.

Selbstverständlich wird im Reichstage dafür gesorgt werden, daß bei nächster Gelegenheit etwas weniger gewissenhaft von den Herren Landräthen über die Wahlberechtigungs-Qualität der sozialdemokratischen Agitatoren gewacht wird.

In Mainz wurde am Sonntag eine sozialdemokratische Konferenz des Landkreises Mainz abgehalten. Anwesend waren 30 Delegierte, welche die Orte Kassel, Rostheim, Weisenau, Laubenheim, Hechtshelm, Brehenheim, Finthen, Mombach, Niederrolm, Oppenheim und Bubenheim vertreten. Es wurde beschlossen, in dem 8. hessischen Wahlkreis für die bevorstehende Ergänzungswahl zum hessischen Landtag einen Kandidaten aufzustellen und dessen Nominierung der demnächst stattfindenden hessischen Landeskonferenz zu überlassen. Die Partei hat starke Aussicht, nachdem die Reichstagswahl in den meisten Orten des Wahlkreises große Mehrheiten erzielte, denselben zu erobern. Siegt die Partei mit ihren Wahlmännern in Rostheim, Weisenau, Brehenheim und Hechtshelm, dann ist der Wahlkreis unser. Die Parteigenossen sind mit Eifer dabei, ein günstiges Resultat herbeizuführen.

Ein weiser Rabe ist der der freikonservativen Partei zuneigende Eberfelder Stadtverordnete Freiherr v. d. Heydt. Bei Gelegenheit eines von sozialdemokratischer Seite gestellten Antrags auf Erbauung eines großen Versammlungshauses hielt v. d. Heydt in der Stadtverordneten-Versammlung folgende Rede: „Meine Herren! Große Volksversammlungen sind heute ein Theil des öffentlichen Lebens, und wenn wir ein vornehmes Lokal dafür schaffen, so machen wir das öffentliche Leben selbst vornehmer. Denken Sie nur an die alten Staaten, wo das öffentliche Leben sich zum größten Theil auf den Marktplätzen angesichts der schönsten Buntten der Stadt abspielte, und weil es sich auf den vornehmsten Plätzen des Staates bewegte, war das ganze öffentliche Leben ein vornehmes. Wir werden natürlich nicht für die eine oder andere Partei, sondern für alle Arten von Versammlungen, von den sozialdemokratischen bis zu den antisemitischen, die Stadthalle zur Verfügung stellen. Das ist eine selbstverständliche Voraussetzung.“

Manche freisinnige Volksmänner mögen da ob solcher unverständlichen Anschauung bedenklich die Köpfe zusammen gesteckt haben.

Der Antisemit Gräfe, so schreibt der Zeiter „Volksbote“, siegte im Wahlkreis Baun in dem ersten Wahlgange über den bisherigen konservativen Vertreter. Nun enthält der Kreis mit sammt seinen 370 739 Einwohnern keine einzige Juden. Das Glend ist aber in diesem „judenreinen“ Kreise eben so groß, wie in den mit Juden durchsetzten. Voraus für jeden Einwohnigen — die Antisemitenführer ausgeschlossen — folgt, daß der Antisemitismus eine Erscheinung ist, die so rasch, wie sie gekommen, sich wieder in dem Strom des Sozialismus auflösen wird.

Aus dem Saarholzerrevier wird uns geschrieben: Nachdem die Siegesberichte im „Vorwärts“ etwas abgenommen haben, erlauben auch wir, im Schatten des Königreichs „Stumm“ domizilierenden Sozialisten, es uns, die Aufmerksamkeit der Parteigenossen auf die hiesige Wahl zu lenken. Wir haben leider kein so glänzendes Resultat zu verzeichnen, wie es aus den meisten anderen Gegenden gemeldet werden konnte, oberflächlich betrachtet haben wir sogar, wie sich die Organe des Herrn Stumm ausdrücken belieben, eine vernichtende Niederlage erlitten. Sehen wir aber genauer zu, so verwandelt sich die angebliche Niederlage in einen vielversprechenden Anfang zu einer ständigen Bewegung. Bei der vorigen Wahl 1890 war im ganzen Saarrevier mit Ausnahme des pfälzischen Kreises Zweibrücken-Pirmasens-St. Ingbert kein Sozialdemokrat aufgestellt. Die Arbeitermassen waren zwar durch den großen Bergarbeiter-Ausstand ausgerüttelt, sie tappten aber in ihrem etwas lange anhaltenden Siegesrausch zwischen den Parteien herum, ohne das Wesen derselben zu erkennen. Es wurden daher „Arbeiterkandidaten“ aufgestellt, die in allen Farben schillerten, hier Patrioten, dort Ultramontane und in einem dritten Orte Sozialisten. Bei den unklaren, total verworrenen Zuständen von damals war es leicht, eine größere Anzahl von Stimmen auf die sogenannten Arbeiterkandidaten zu vereinigen. Da der bergmännische Rechtschuhverein damals in seiner vollsten Blüthe stand und die Angestellten in diesem Vereine die Führerrolle inne hatten, erklärte sich dieser eigenartige Vorgang noch leichter. Im Saarbrücker

Wahlkreis entfielen auf den „Arbeiterkandidaten“ 6823 Stimmen, im Wahlkreis Saarburg-Saarlouis 1895, im Ottweiler-St. Wendeler Kreis (von Stamm) 2591 und im Saargemünd-Forbacher Kreis 8827. Zwischen der 90er und jetzigen Wahl liegt nun der durch die schändliche Mißwirtschaft der Leiter erfolgte Zusammensturz des bergmännischen Rechtschuhvereins mit all' seinen unsauberen Nebengeschichten, die sich endlich in den Skandalösen Unterschlagungsprozeß zuspitzten. Der unglückselige Streik, der bei einer vernünftigen Leitung unter den äußerst ungünstigen Verhältnissen unmöglich gewesen wäre, machte zwar der Lotterwirtschaft auf Wildstock ein Ende, hatte aber auch zur Folge, daß für einen gewissen Zeitraum jeder planmäßige Widerstand gegen die Bergwerksverwaltung gebrochen ist. Hierzu kam, daß seitens der hiesigen Ordnungsparteien mit Hochdruck gearbeitet wurde. Schriftführer des national-liberalen Wahlkomitees in Saarbrücken war der bekannte Bergassessor Hügel, Redakteur des überberichtigten „Bergmannsfreunds“. Dieser selbe Hügel leitete nun bei der diesmaligen Wahl nicht nur die nationalliberale Agitation, sondern arrangierte auch die Kontrollvorträge am Tage der Wahl. Seit vorigem Herbst laborirt die Bergwerksverwaltung mit fortwährendem Absatzmangel, der trotz der Reduzierung der Belegschaft zur immerwährenden Einlegung von Kubaleten — Feierschichten genannt — zwang. Kurz vor der Wahl versuchte nun der „Bergmannsfreund“ darzutun, daß die Annahme der Militärvorlage einen allgemeinen Geschäftsausschwung zur Folge haben werde, der nicht nur die Beseitigung der Feierschichten, sondern auch die Wiederanlegung der Gemahregelten ermöglichte. Diefelbe Mär wurde in sämtlichen Versammlungen vorgetragen und sie leitete das eigenartige Schauspiel, daß Vergleute, die ihrer angeblich sozialdemokratischen Gesinnung halber gemahregelt wurden, jetzt leidenschaftlich für die Wahl des National-liberalen Vols und des Herrn von Stamm eintreten. Wir waren zu schwach, um diesen Manövern erfolgreich entgegenzutreten zu können. Am Wahltag selbst wurde eine ganz unerhörte Kontrolle ausgeübt, die Streiger und Hüttenbeamten brachten die Arbeiter in Kolonnen an die Urne geschleppt und kontrollirten sie. An sämtlichen Wahllokalen waren je nach der Art der Wähler Gruben- und Hüttenbeamte zur Kontrolle aufgestellt, der Hize halber standen überall die Thüren der Wahllokale auf, und die Kontrolleure sahen ganz genau, welchen Zettel der Wähler abgab, stellenweise ging man so weit, den Wählern vorher die übrigen Zettel abzunehmen und ihm nur den einen nationalliberalen Zettel zu lassen. Die nationalliberalen Stimmzettel waren überdies leicht kenntlich. Man gab sie nur am Wahllokal aus und damit sie nicht umgeschrieben werden konnten, erhielt nur jeder Wähler einen Stimmzettel. Die Zahl unserer Anhänger, denen es möglich ist, offen als Sozialdemokraten aufzutreten, ist hier sehr gering, sie beschränkt sich fast ausschließlich auf die jüngeren Handwerksgehilfen, es war uns nicht einmal möglich, sämtliche Wahllokale mit Stimmzettelvertheilern zu versehen; wo unsere Leute mit den Stimmzetteln standen, wurden sie fast überall verspottet und beschimpft, ja man schaute sich nicht, mit Prügel zu drohen. Am schlimmsten wurde es in Saarbrücken selbst getrieben. So kam es, daß wir im Saarbrücker Wahlkreis nur 1477 Stimmen erhielten. In den umliegenden Wahlkreisen war es ebenso, dort war bei unseren schwachen Kräften eine Kontrolle unsererseits überhaupt nicht möglich. Die genauen Stimmzahlen in diesen Wahlkreisen fehlen uns, die in den gegenüberliegenden Wäthern angegebene differiren ganz bedeutend unter einander. Es zeigt sich projectual ein ähnlicher Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen im Vergleich mit dem 1890 auf den „Arbeiterkandidaten“ entfallenen als im Saarbrücker Kreis. Bemerkenswerth ist es, daß in sämtlichen drei Kreisen die Stimmen sich fast über den ganzen Kreis vertheilen, im Saarbrücker Kreis hat man nur einige Orte, in denen wir keine Stimmen erhielten. Da bei der scharfen Kontrolle nur überzeugte Sozialisten der Gefahr trotzen, so haben wir wenigstens die Gewißheit, daß wir schon allenthalben wirkliche Parteigenossen haben, und das berechtigt uns für die Zukunft zu guten Hoffnungen. Besser gestaltet sich die Wahl für uns in dem lothringischen Kreis Saargemünd-Forbach. Trotzdem es uns nicht nur an den zur gründlichen Bearbeitung des Kreises nötigen Mitteln fehlte, sondern uns auch noch 10 Flugblatt- und Stimmzettelvertheiler verhaftet, aneinander gefesselt stundenweit ins Gefängniß transportirt und mehrere tausend Stimmzettel und Flugblätter beschlagnahmt wurden, erhielten wir dennoch mehr Stimmen, wie der „Arbeiterkandidat“ König 1890 erhalten hat. Gültige Stimmen wurden abgegeben 19 091, davon erhielt der Protektor 10 191, der Regierungsfreundliche 4107 und Genosse Emmel 4794. Wegen die Wahl im Saarbrücker, sowie im Saargemünd-Forbacher Kreise ist Protest eingelegt. Wenn uns die Freude über den allgemeinen Wahlerfolg durch das hiesige Resultat auch etwas vergällt wurde, so wird uns das nicht nur nicht entmuthigen, sondern umso mehr anspornen, alles daran zu setzen, bei nächster Gelegenheit die Scharte auszumachen. Das Königreich Stumm muß trotz alledem roth werden; das ist und bleibt unsere Parole.

Abkennung eines Richters in Minden. Die in Nr. 153 unseres Blattes aus dem Kreise Minden (Polizeiverwaltung zu Rehden) mitgetheilten Polizeimandate wegen Brennens von Petroleumlampen während einer sozialdemokratischen Versammlung u. s. w. unterlagen am 3. Juli richterlicher Entscheidung. Das Schöffengericht zu Minden verdoppelte die Strafen von 10 M. wegen Petroleumlampenbrennens. Vor Vertheidigung eines Zeugen in einer an demselben Tage anstehenden Sache äußerte der Vorsitzende ungefähr: „bei gewissen Leuten sei der Eid nicht heilig; bei einer Anzahl Sozialdemokraten werde der Meincid gelehrt“. Daraufhin lehnte Genosse Litinger, der richterliche Entscheidung wegen des ihm wegen „groben Unfugs“ zugegangenen Strafmandats anrufen hatte, den Vorsitzenden wegen Belohnung der Befangenheit ab. Nach mehr als einstündiger Beratung beschloß das Gericht, Vertagung und eine Entscheidung des Landgerichts über das Abkennungsgesuch herbeizuführen. Herr Roman macht Schule.

Vom sächsischen Versammlungsrecht. Der grobe Unfugparagraf ist ein wahres Kleinod im Schatzkammer der Polizei, und seine Anwendbarkeit ist namentlich im Sachsende in einem geradezu verblüffenden Grade erprobt worden. Was er leisten kann, das giebt das folgende Polizeistücklein, welches der „Sächs. Arbeiter-Zeitung“ aus Johannegeorgstadt mitgetheilt wird, der launenden Witwelt zu erkennen. In einer von den Ordnungsmännern veranstalteten Wähler-versammlung, so heißt es, machte Schuldirektor Lange aus Schneeberg der Sozialdemokratie den alten Vorwurf: sie wolle die Ehe vernichten und die „freie Liebe“ einführen. Darauf rief unser Genosse Altenau: „Das ist nicht wahr!“ Sofort packten ihn zwei Gendarmen und zwei Polizisten und brachten ihn vor die Thüre. „Was man sonst nicht bestrafen kann, sieht man als groben Unfug an.“ Dieses Sprichwort sollte nun dem Genossen Altenau in Erinnerung gebracht werden, denn er erhielt für seinen Zwischenruf folgende Straferfügung.

Laut Anzeige des Gendarms Verthold hier ist der Handschuh-

macher Herr Alexander Ernst Paul Altenau hier beschuldigt, am 23. d. M. Abends gegen 1/11 Uhr im hiesigen Rathhaus-Saale die dafelbst tagende Wählerversammlung dadurch, daß er mit herausforderndem Tone gerufen hat: „Das ist nicht wahr“, gestört und hierdurch groben Unfug verübt zu haben.

Auf Grund von § 360 II des Reichs-Strafgesetzbuches wird daher gegen Altenau hierdurch eine Geldstrafe von 30 Mark und Bezahlung der erwachsenen Verläge mit der Maßgabe festgesetzt, daß im Falle der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe an deren Stelle Haft in der Dauer von 6 Tagen zu treten hat. Johannegeorgstadt, den 29. Juni 1893.

Der Bürgermeister, Ros.

Ob Altenau das Strafmandat über sich ergehen läßt, oder ob er richterliche Entscheidung beantragen will, wird nicht gemeldet. Es ist zwar selten, daß die Polizei sich eine Korrektur gefallen lassen muß, wenn sie in dem Gedanken: Mich hält kein Raum, mich fesselt keine Schranke, die Schwingen ihrer Phantasie gar zu weit ausbreitet, dennoch aber kommt ein solcher Fall vor. Dem sozialdemokratischen Verein von Köhlschroda war es, wie der „Wähler“ meldet, unterjagt worden, in seinen öffentlichen Versammlungen zum Beitritt zu dem Verein aufzufordern und Mitgliederaufnahmen vorzunehmen. Es ist zwar unerfindlich, wie man es begründen will, daß in einer öffentlichen Versammlung nicht zum Beitritt zu einem bestimmten Verein aufgefordert werden soll, aber da die unteren Polizeiorgane nicht nötig haben, für ihre Handlungen Gründe anzugeben, so wird eben manchmal alles Mögliche und Unmögliche verboten. Auf die eingelegte Beschwerde hat denn auch die Kreishauptmannschaft entschieden, daß die Beschwerdeführer im Rechte sind und die untere Polizeibehörde im Unrecht ist.

Zur Wahlbewegung in Ungarn schreibt das in Temesvar erscheinende Parteiblatt, der „Volkswille“: Die sozialdemokratische Partei hat es sich zum Ziele gesetzt, ohne Unterlaß für das allgemeine Wahlrecht ihre Stimme zu erheben, und wenn man uns aus „Gründen der Nationalitätenschiedenheit in Ungarn“ dasselbe abschlagen wird, wie es ja zu erwarten ist, so werden wir zu radikaleren Mitteln greifen. Wir werden den Herrschaften, wenn man unser Anliegen im Parlament nicht hören will, ein anderes Parlament entgegenstellen: ein Volksparlament im Freien. Wir werden für jeden Sonntag, wo wir Zeit zu politisiren haben, eine Volksversammlung einberufen, wo wir uns mit unserer Lage und mit dem befassen werden, was man in dem Parlamente macht, wo man 14 Tage über rothweiss-grüne Quasten oder Hofenschnüre die theure Zeit ver-schwendet. Die Zeit ist un-, wo man die Millionen als eine Herde betrachten darf, die ihrem Wohl und Wehe gegenüber „kein Verständniß“ bekunden.

Aus Paris wird uns berichtet: Paris, 7. Juli 1893. Beim Eintreffen dieser Zeilen werden Sie schon längst wissen, daß die hiesige Regierung, um das Maß der Brutalität und Unterdrückungssucht voll zu machen, die Central-Arbeits-börse erst polizeilich und dann militärisch besetzen ließ, zu gleicher Zeit sämtliche anwesende Personen, Sekretäre etc., ausweisen.

Die gleiche Maßregel wurde, zur gleichen Stunde, in der kleinen Arbeitsbörse in der Annerge A durchgeführt. Wie lange die militärische Okkupation dauern wird, ist noch nicht voraussehen, ebenso wenig welche Lösung die Frage der Arbeitsbörse finden wird. Vorläufig ist die Exekutivkommission auf der Suche nach einem provisorischen Lokale; das Format des „Bulletin“ wird wahrscheinlich aufs dringendste beschränkt werden.

Am nächsten Montag ist Dupuy bereit, wie er Mittwoch in der Kammer erklärte, auf die angemeldeten Interpellationen zu antworten. (Die Interpellation hat schon am Sonnabend stattgefunden. Red. d. „V.“) Es wird sich dann ja zeigen, ob wirklich für Frankreich und namentlich für Paris eine Periode der Reaktion beginnt, oder ob sich genügend Abgeordnete finden, welche, den Minister des Innern, Dupuy, für das Geschehene verantwortlich machend, denselben den Laufpaß geben.

Am Mittwoch hat Herr Dupuy es auch für nothwendig gehalten zu erklären, daß er gründlich mit den ausländischen Revolutionären, den Vaterlandslosen, aufräumen wolle; bis jetzt ist noch nichts geschehen, wird aber wohl noch kommen.

Daß die Erbitterung unter den Sozialisten eine kolossale ist, brauche ich nicht lange auszuführen. Seit gestern kommt fortwährend Militär nach Paris; über 20 000 Mann sind schon eingetroffen.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Wegen Beleidigung des Redakteurs der „Neuen Bayrischen Landeszeitung“, K. Ronninger und dessen Sohnes, wurde der Redakteur der „Frankischen Tagespost“, Martin Segth in Nürnberg, zu 30 M. Geldstrafe verurtheilt.

Der Redakteur von „Schlägel und Eisen“, Josef Weyand in Wildstock, war vom Landgericht Saarbrücken zu 3 Wochen Gefängniß verurtheilt worden, weil er den Redakteur des „Bergmannsfreund“ durch Aufnahme eines anzüglichen Inserats beleidigt haben sollte. In der Revision erkannte das Reichsgericht auf Aufhebung dieses Urtheils, weil der Angeklagte zu Unrecht wegen vorfälliger Beleidigung verurtheilt sei, da nicht festgestellt sei, daß er das Inserat vor der Veröffentlichung nicht gelannt habe.

Wegen Majestätsbeleidigung und Gotteslästerung hatte sich Genosse Franz Diederich vor der Strafkammer I des Hamburger Landgerichts zu verantworten. Beide Vergehen soll er in einer Versammlung in Dittensen, in welcher er über die „Zehn Gebote und die beifolgenden Klaffen“ einen Vortrag hielt, begangen haben. Die Verhandlung wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt, obwohl der Angeklagte sich dagegen aussprach. Die Gotteslästerung soll der Angeklagte dadurch begangen haben, daß er bezüglich der Sonntagsruhe in einer Redewendung dem „ohnmächtigen“ Arbeiter in verächtlicher Weise den „allmächtigen“ Gott gegenüber gestellt habe. Das erforderliche Urtheil an der Auslassung will der überwachende Beamte genommen haben. Die Majestätsbeleidigung soll darin liegen, daß der Angeklagte bei Besprechung des vierten Gebotes die besagte Rede des Kaisers an die Rekruten stützte, wobei er betonte, daß er zu der Rede keinen Kommentar machen wolle, um sich nicht der Gefahr einer Anklage aussetzen. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnißstrafe von 18 Monaten. Das Gericht erkannte dem Antrage des Angeklagten gemäß auf kostenlose Freisprechung.

Lokales.

Das Fest, welches der Arbeiter-Sängerbund und die Arbeiter-Bildungsschule gestern gemeinsam in Schönholz abhielten, hat sich zu einem imposanten Volksfest gestaltet. Am Sonnabend waren schon 75 000 Karten verkauft, und die Zahl der Anwesenden wird auf 100 000 geschätzt. So groß die Räumlichkeiten sind, für den Riesenandrang

genügend sie doch nicht; allein die Ueberfüllung vermochte doch dem guten Humor keinen Abbruch zu thun. Es herrschte durchweg die schönste Ordnung, und das Programm wurde ohne jegliche Störung durchgeführt. Die Gefangenen waren imponant, und haben auch die Anerkennung der schärfsten Kritiker gefunden.

Konsumvereine. Der Ausschuss der vereinigten Vorstände des Hausfrauen-Vereins „Werbung“ und des Konsum-Vereins „Germanien“, unterzeichnet: G. Urban, S. Hartwich, Emil Pögel, sendet uns ein langes Schriftstück, das sich gegen ein Flugblatt des Kaufmanns R. Gallin richtet. Wir haben uns die Ausführungen dieses Flugblatts in keiner Weise zu eigen gemacht; wir legen auf den etwaigen Verdiensthail der Vereinsleiter kein besonderes Gewicht, wenn wir überhaupt die Thätigkeit dieser Vereine für ersprießlich und empfehlenswerth hielten. So aber halten wir diese im besten Falle eine den Arbeitern sich ausdrückende Vereinspielerei, wie wir in der Donnerstags-Nummer dieses Blattes ausführten. Gegen diese Ausführungen scheint die langatmige Erklärung nichts anzuführen zu können, und zu der Polemik der genannten Herren mit Herrn Gallin ist dieses Blatt denn doch zu schade.

Einzelne Stellen, womit die Herren Ausschussmitglieder sich selbst kennzeichnen, verlohnen allerdings wiedergegeben zu werden. Da heißt es:

„Haben doch Offiziere, Lehrer, Bank-, Postbeamte u. den Genuß, bei ihren Einkäufen Rabatt zu beziehen, warum soll das anderen Berufsständen, besonders dem Handwerker- und Arbeiterstand entzogen werden!

Abgesehen von dem zweifelhaften Werthe dieser Vereinigungen, haben diese Kreise ihre Konsumvereine doch nicht allein auf die Rabattgewährung anderer Geschäfte gestellt, sondern aber überlassen wir den genannten Herren Ausschussmitgliedern es gern, die genannten Kreise mit ihren Wohlthaten zu beglücken. Die Arbeiter sind aber kein Geschäftsfeld für sie.

Dann aber ist folgender Angriff gegen Herrn Gallin wirklich von Wüthlicher Naivetät. Es wird Herrn Gallin zum Vorwurf gemacht, daß er ebenfalls Rabattmarken gebe und somit Prozente an jeden Konsumenten zahlt, der bei ihm kauft.

Außerdem verkauft er Waare unterm Tagespreise, z. B. Zucker, der in jedem reellen Geschäft nach dem heutigen Einkaufs-Tagespreise mit 35 Pf. das Pfund verkauft werden muß, verkauft Herr Gallin mit 30 Pf. und giebt noch Prozente.

Den Herren Kolonialwaaren-Händlern, welche nicht Konsumlieferanten sind, legen wir die Frage vor, wer ist schädlicher: Ein Konturrent, der Konsumvereins-Lieferant ist und zu Tagespreisen verkauft, oder ein Konturrent, der nicht Konsumlieferant ist, unter Tagespreisen verkauft und noch Prozente zahlt? Wie verhält sich da die That des Herrn Gallin zu seiner Agitation?

Wenn wir über die Sorte von Konsumvereinen, die sich als Mittelpersonen zwischen Lieferanten und Konsumenten stellen, noch zu günstig urtheilen, so giebt diese Keusehrung der Ausschussmitglieder uns nur Anlaß, dieselben noch schärfer zu verurtheilen. An die Kolonialwaarenhändler richten die Herren die Frage, wer in ihnen schädlicher erscheint, die Lieferanten der Pseudo-Konsumvereine oder Herr Gallin? Wir glauben, die Herren Ausschussmitglieder wollen die Vortheile der Konsumenten wahrnehmen und an diese wäre die Frage zu stellen.

Wir können den Arbeitern nur empfehlen, sich von derartigen Konsumvereinen, die auf der bloßen Rabattgewährung und auf Verträgen der Provision beziehenden Vorstandsmitglieder mit den Lieferanten beruhen, fern zu halten.

Im christlichen Staat lebt es sich ganz gut, wenn man Geld hat; alle Sünden finden dann Vergebung und die einzige Todesstrafe besteht in der Armut. Ein Bild des sozialen Elends, wie es tausendfach in unserer Reichshauptstadt vorkommt, giebt folgendes uns zugehende Schreiben eines Schuhmachermeisters:

„Ich bin ein geborener Berliner, habe 5 Jahre als Schuhmacher gelernt, bin mehrere Jahre Geselle gewesen, war 1870 und 71 beim Brandenburgischen Füsilier-Regiment 35 eingezogen, bin 21 Jahre Meister bei der Berliner Schuhmacher-Zunft, 23 Jahre verheiratet. Seit 1870 zahle ich pünktlich meine Steuern, jährlich 27 Mark. Nun bin ich seit zwei Jahren kränzlich und leidend, somit heruntergekommen; ich schulde nun meinem Wirth 3 Monate die Miete. Ich wollte diese in einzelnen Raten nachzahlen; auch wollte meine Frau ein Spind, 2 Tische und Betten verkaufen, um den Wirth zu befriedigen. Dieser aber erklärte: „Die Sachen bleiben alle stehen; die werden auf der Auktion verkauft, und Sie müssen rausgehen, wo Sie gehen und stehen. So mußte ich am 19. Juni, Abends 6 Uhr mit meiner Frau aus der Wohnung; alle Sachen, auch die Betten hat der Wirth einbehalten. Ich bin mit meiner Frau seit jener Zeit obdachlos. In meiner Noth habe ich mich an alle Stiftungen, die unter dem Magistrat von Berlin stehen, gewandt mit der Bitte um Unterstützung durch ein Darlehen. Ueberall ist mir der Bescheid geworden, daß mir nichts bewilligt werden könne. Wirthin muß ich, als ehrlicher unbescholtener Berliner, der seiner Pflicht stets nachgekommen ist, verhungern. Als Stroh muß ich mich umherstreifen, mein bisheriges Rundschaft geht mir verloren; nicht mal so viel kann mir meine Vaterstadt geben, daß man sich eine neue Wohnung mietzen und wenigstens mit seiner Frau sein Haupt auf die bloßen Dielen legen kann. Da ich nun den Stummer und die Noth meiner Frau nicht mehr ansehen kann, und keine Hilfe zu erwarten ist, so werde ich genöthigt sein, als unbescholtener Berliner Bürger, der früh und spät fleißig gewesen, meinem Leben ein Ende zu machen.“

Man sieht aus diesem Brief, daß man es nicht mit einem sozialdemokratischen Umstürzler oder revolutionären Arbeiter, sondern mit einem ehrsamem Zunftmeister zu thun hat, der sich in letzter Verzweiflung an uns wendet. Ein Kollege hat ihn bei sich aufgenommen. Das letzte, was er hatte, das bischen Hausgeräth, Betten und Handwerkzeug hat der Wirth einbehalten, denn „heilig ist das Eigenthum“, und ehe der Hauseigentümer einen Pfennig seiner Miete verloren giebt, eher mag eine ganze Familie zu Grunde gehen, indem ihr das Letzte genommen und sie selbst ohne jedwede Habe auf die Straße gestoßen wird. „Das ist die Ordnung, so will es das Recht“ — in der heutigen Gesellschaft.

Eine männliche Spar-Agnes nach dem Herzen Eugen Richters muß jener auf einem großen Berliner Bau beschäftigte Polier sein, über welchen der „Vauhandwerker“ schreibt: „Der Polier betreibt auf dem Bau eine Art Schanzen-Geschäft. Er erhält vom Brauer resp. vom Verleger 36 Flaschen Bayrisch Bier und 40 kleine Flaschen Weißbier für je 3 M. und verkauft dieselben für je 10 Pf. Wirthin hat er an je 3 M. 60 Pf. bezw. 1 M. Wer nun nicht viel Bier trinkt, der wird auf diesem Bau nicht alt, und das ergeht nun hauptsächlich den verheiratheten Kollegen so, welche von ihrem Lohne ihre Familien ernähren und ihren Verpflichtungen der Gesellschaft gegenüber nachkommen wollen, die fliegen schon am ersten Sonnabend hinaus. Wer von den Maurern sich erlaubt, zum Generalfonds der Berliner Maurer zu sammeln oder für unseren Verein zu agitieren, der fliegt auch hinaus. Der Mann hat in seiner Heimath ein kleines Bauerngut (nicht etwa eine Wädnerrstelle), zu dessen Bewirtschaftung er sich dort billige Arbeitskräfte hält, und hier wohnt er für 5 M. pro Monat in Schlafstelle. Er hat einen Mindest-Wochenlohn von 54 M., dann verdient er an dem Schanzengeschäft durchschnittlich, oder richtiger gesagt, mindestens 1 M. pro Mann und Woche, also bei 40 Mann 40 M. Weiter hat er an jeder Fahrt Abriß 20 Pfennige, das macht mindestens pro Tag während des Rohbaues 1 M., also pro Woche 6 M. Dieser Polier hat außerdem noch von einem anderen Widiker, bei welchem die Arbeiter essen gehen, Marken für die Leute ge-

nommen und bezieht die üblichen 25 Pfennige pro Zbaler. Ferner soll der Mann aus seiner Militärzeit her eine Pension beziehen, so daß sein Einkommen hier in Berlin, also abgesehen von seiner Bauernwirthschaft, mindestens 100 M. pro Woche beträgt.“

So kann der Herr Polier dick und fett werden; er spart es sich an dem Markt und den Knochen der Arbeiter an. Der Leser sieht, es kommt alles nur auf Sparsamkeit an.

Nothleidende Aktionäre. Die Körbisdorfer Zuckerraffinerie hatte im Jahre 1891 einen Bruttogewinn von 743 748 M., im Jahre 1892 dagegen nur einen Bruttogewinn von 280 144 M. oder nach Abzug der Abschreibungen einen Reingewinn von 79 573 M. Die armen Aktionäre konnten diesmal nur 2/3 pCt. Dividende einheimsen. Die eingetretene Steigerung der Zuckerpriese wird wohl dafür sorgen, daß die Entfaltungsur der nothleidenden Aktionäre nicht gar zu sehr an die Kieren geht und daß die nächstjährige Dividende wieder fetter ausfällt. Zucker gehört ja wohl auch zu den Luxusartikeln des „armen Mannes“?

Daß die Polizisten bei der großen Hitze auch schwitzen, klagt ein Reporter. Na, kann denn die Polizei nicht gegen die Hitze einschreiten?

Die Wassernoth in Nixdorf. Nixdorf bezieht bekanntlich sein Wasser von den Charlottenburger Wasserwerken. Diese Werke gehören einer Privat-Aktien-Gesellschaft, die in erster Linie darauf bedacht ist, den Vortheil der Aktionäre in Betracht zu ziehen, und sich wohl hüten wird, rechtzeitig große Ausgaben zur Erweiterung ihrer Anlagen zu machen, ehe sie sicher ist, daß sie sich auch lohnen werden. Das ist ganz natürlich bei einem Privatunternehmen; die gegenwärtige Wassernoth aber zeigt zugleich, wohin es führt, wenn einem solchen die Befriedigung der nothwendigsten Bedürfnisse überlassen ist. Die Gemeinde Nixdorf mit etwa 50 000 Einwohnern bezieht, wie bereits schon oben gesagt, ihr Wasser von den Charlottenburger Wasserwerken; die Brunnen hat man zum Theil ein-gehen lassen oder vernachlässigt; und gegenwärtig im heißesten Sommer leidet die ganze Gemeinde unter dem ärgsten Wassermangel. Des Morgens und Abends giebt es ein paar Tropfen Wasser und dann verstopft die Wasserleitung. Wahrscheinlich, solche Zustände sind recht dazu geschaffen, Epidemien herbeizuloden und es ist wahrlich nicht die Weisheit der Regierenden, der wir es danken, wenn wir verschont bleiben. Nixdorf ist ganz zum Choleraherd präparirt. Die Klosets können nicht gespült werden, die schmutzige Wäsche, insbesondere die Kinderwäsche, muß Tage lang liegen bleiben, weil Wasser nicht zur Stelle ist. Besonders haben die oberen neuen Straßen schwer zu leiden. Wahrscheinlich, wenn hier die Cholera ausbräche, sie würde reiche Nahrung, trotz der bakteriologischen Untersuchungsstationen der Regierung. Daß ein solcher Nothschrei aus der unmittelbaren Nachbarschaft der Reichshauptstadt, aus dem starbüblichsten Vorortie Berlins ertönen kann, zeigt, mit welcher großen Sorgfalt der „Kulturstaat“ alles behandelt, was nicht das besondere Interesse des Militarismus unmittelbar erfordert.

Einen guten Fang hat die hiesige Kriminalpolizei dieser Tage auf dem Schlepischen Bahnhofe gemacht. Seit längerer Zeit verschwanden auf den Bahnhöfen die Gepäckstücke solcher Reisenden, die zur Lösung von Fahrkarten an die Schalter betreten waren und Koffer oder andere Gegenstände während dieser Zeit in der Nähe hingestellt hatten. Die Kriminalpolizei hat nun zwei Diebe auf frischer That ertappt. Es sind die beiden Kellerer Knoll aus Wien und Fischer aus Berlin. Die Festgenommenen gestehen ein, verschiedene solcher Diebstähle — namentlich auch auf dem Bahnhof Friedrichstraße — verübt zu haben. Ein großer Theil der Beute ist auch wieder zur Stelle gebracht worden. Die Diebe hatten die meisten Gegenstände auf falsche Namen bei Trödlern verkauft. In einem Falle hatten sie eine entworfene Ledertasche in einem Wirthshaus mit weiblicher Bedienung in der Gertraudenstraße für eine Festschuld verpfändet.

Eine Verichtigung sendet uns Frau Lippow aus Nixdorf zu dem in Nr. 156 berichteten Landfriedensbruchs-Prozess. Daß, was den Gegenstand der Verhandlung bildete, die Vorgänge bei der Ermision, wird jedoch in dieser Verichtigung in keiner Weise bestritten. Sie spricht bloß über die Gründe, welche sie zu der Ermision berechtigt hätten, die wir aber schon deshalb nicht wiedergeben können, weil sie persönliche Angriffe gegen die Ermittler enthalten.

Vor den Augen eines Bademeisters, der vermutlich nicht schwimmen konnte, ertrunken ist am Sonntag Nachmittag gegen 5 Uhr in der Bade-Anstalt an der Obersee-Brücke bei Nieder-Schönweide ein junger Mann. Der 23-jährige, des Schwimmens unkundige Tischler Reinhardt hatte zur genannten Zeit die oben erwähnte Bade-Anstalt aufgesucht und begab sich in die Abtheilung für Schwimmer, wo er sich an einer im Wasser befindlichen Bierkiste festhielt. Durch irgend einen Umstand entglitt dem jungen Mann das Fuß und nach mehreren vergeblichen Versuchen, sich über Wasser zu halten, verschwand er in den Wellen. In der Bade-Anstalt befanden sich zu dieser Zeit etwa 60 Personen, von denen keine schwimmen konnte, anscheinend auch der Bademeister nicht, der vergebliche Versuche anstellte, den Ertrunkenen mittels einer Stange aus dem Wasser zu ziehen. — So mochten etwa 15 Minuten verlossen sein, als ein junger unbekannter Mann erschien, welcher, als er den Vorgang erfuhr, sofort ins Wasser sprang und nach einmaligem Tauchen den A. als Leiche landete. Der junge Tischler war erst seit sechs Wochen verheiratet, seine Frau befand sich zur Zeit in Havelwerder und brach, als sie die Unglücksbotschaft erhielt, bewußtlos zusammen.

Ueber einen Kindesmord wird uns aus Rathenow gemeldet: Die Frau des Optikers Apelt hat am Sonnabend Nachmittag ihr einziges Kind, ein zweijähriges Mädchen, ertränkt, indem sie einen großen Kessel mit Wasser füllte und den Kopf der Kleinen dann hineinhielt. Dem später von der Arbeit heimkehrenden Gatten erzählte die A. kaltdüchtig ihre That und zeigte ihm das Kind, welches sie sorgfältig auf das Sopha gebettet hatte. Die unnatürliche Mutter scheint die That in einem Anfälle von Geistesstörung begangen zu haben und wurde demgemäß auf polizeiliche Anordnung nach dem Krankenhaus überführt.

Durch einen Sprung von der Plattform eines Pferdebahnwagens verunglückte am Sonnabend Nachmittag um 3 Uhr der Grünhaldenstraße 16 in Wohnung gewesene 66 Jahre alte Invalide Karl Schumann. Als er vor dem Hause Brunnenstraße 111 von dem Wagen absprang, fiel er so unglücklich zur Erde, daß ihm die Räder das linke Bein zermalnten. Er wurde nach der Charite befördert und starb hier kurze Zeit nach der Abnahme des Beines.

Aus dem Fenster gestürzt ist am Sonnabend Nachmittag die fünf Jahre alte Tochter Helene des Andreasstr. 40 wohnhaften Schneidewerks G e b a u e r. Das Kind kletterte in einem unbewachten Augenblicke auf einen an einem offenen Fenster des vierten Stockes stehenden Arbeitstisch und fiel von hier auf den Hof. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Polizeibericht. Am 8. d. Mts. Vormittags wurde an der Ecke der Charlottenstraße und der Straße Unter den Linden eine Frau durch eine Droschke überfahren und am Unterschenkel so bedeutend verletzt, daß sie nach der Charite gebracht werden mußte. — Von der Kronprinzenbrücke sprang Mittags ein Arbeiter in die Spree und ertrank. — Ein 23-jähriges Mädchen stürzte aus dem Fenster der in 4. Stock des Hauses Andreasstraße 40 belegenen Wohnung seiner Eltern an den Hof hinab

und verstarb auf der Stelle. — Beim Baden in der Spree, hinter dem Grundstücke Vor dem Stralauer Thor 9, ertrank ein Schiffsnach. — Vor dem Hause Brunnenstr. 111 fiel Nachmittags ein Eigenthümer beim Abspringen vom Borderräum eines in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagens zur Erde, geriet unter die Räder und erlitt eine so schwere Verletzung am Unterschenkel, daß er bewußtlos nach der Charite gebracht werden mußte. — In der Wohnung eines Rentiers, in der Draußenstraße, wurde die Leiche eines am 6. d. Mts. von dem Dienstmädchen geborenen Kindes im Ofen aufgefunden. Die Mutter hatte die Leiche gleich nach der Geburt dort versteckt. — Vor dem Hause Wilhelmstr. 1a schlug ein auf einem Holzwagen sitzender Arbeitsschnepper nach einem dem Wagen zu nahe kommenden neunjährigen Knaben mit der Peitsche, dessen Schnur sich um den Hals des Knaben wickelte und ihn zu Boden riß. Der Knabe geriet dabei unter die Räder des Wagens und wurde am Kopfe und Unterschenkel bedeutend verletzt. — Beim Absteigen von einem Omnibus fiel ein Dreher an der Ecke des Kopenplatzes und der Auguststraße zur Erde und brach das Schlüsselbein. — Am 9. d. M. Vormittags fiel ein Stallmann vor dem Hause Urbanstr. 85 beim Besteigen eines in der Fahrt befindlichen Holzwagens zur Erde, geriet unter die Räder und wurde am Fuße so bedeutend verletzt, daß er nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden mußte. — Mittags versuchte ein Weber in seiner Wohnung in der Schönhauser Allee sich zu erlöchen. Er brachte sich zwei schwere Verletzungen an der Brust bei und mußte nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden. — Am 9. d. M. fanden zehn Brände statt.

Gerichts-Beifung.

Auf Brandstiftung und Mord lautete die Anklage, welche gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I zur Verhandlung gelangte, wobei ein Bild aus der niedrigsten Verbrecher-Sphäre Beckins vor Augen geführt wurde. In der Nacht zum 30. Juni v. J., als der Morgen graute, bemerkten einige städtische Straßenlehrer, daß zwei Personen, ein Mann und eine Frau, auf dem Geländer saßen, welches sich auf der Sandkugrbrücke am Kanal, in der Nähe des Hamburger Bahnhofes, befindet. Die beiden Personen nahmen eine vornüber geneigte Stellung ein, als wären sie schlaftrunken. Die Straßenlehrer kümmerten sich nicht um dieselben, sondern setzten ihre Arbeit fort. Bößlich wurden sie durch das Geräusch eines ins Wasser gefallenen Körpers aufgeschreckt. Sie bemerkten, daß nur noch der Mann auf der Brücke sich befand, er hatte sich erhoben und blickte ins Wasser hinab. Die Straßenlehrer eilten sofort nach jener Stelle hin, sahen die Frauensperson, die kurz zuvor auf dem Geländer gesessen, im Wasser liegen und eilten nach dem Rettungsbahn. Als sie denselben eben losgelöst und abgestoßen hatten, sprang auch der Mann von der Brücke in den Kanal hinein, erreichte den Kahn und hielt sich an demselben fest. In den nächsten Augenblicken war die Frauensperson erreicht und — anscheinend leblos — in den Kahn hineingezogen, dann schwang sich auch der Mann in den Kahn hinein. Man ruderte aus Land, legte das Frauenszimmer auf die Böschung und dann begann ihr Begleiter Wiederbelebungsbemühungen anzustellen, indem er ihr die Brust rieb. Ein des Weges kommender Kandidat der Medizin betheiligte sich an den Bemühungen, erklärte aber bald, daß dieselben aussichtslos seien, das Leben war erloschen. Die Ertrunkene wurde mit ihrem Begleiter nach der Wache gebracht und in ersterer die Prostituirte Droschke Molisch, in dem letzteren der Zigarrenarbeiter Rudolf Schulze, ein vielfach vorbestrafter Verbrecher, festgestellt. Schulze wurde in Haft genommen, weil die Straßenlehrer den Verdacht ausgesprochen hatten, daß er seine Begleiterin hinterüber durchs Geländer ins Wasser gestoßen habe und seine anscheinende Betheiligung an dem Rettungswerke nur Heuchelei gewesen sei. Als der Kriminalkommissar Braun am folgenden Tage einen Bericht über das Vorkommniß in der Zeitung las, folgerte er, daß es mit der Brandstiftung in Verbindung stand, wegen der Schulze noch eine Anklage zu erwarten hatte. Diese Brandstiftung hatte auch ihre Vorgeschichte. In der Nacht zum 24. Februar 1891 brannte der Laden des Zigarrenhändlers Hartmann in der Reinoldenstraße zum Theil aus. Alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß vorsätzliche Brandstiftung vorlag, und gegen Hartmann und dessen damaligen Gehilfen Schulze wurden so viele Verdachtsmomente zu Tage gefördert, daß Anklage gegen sie erhoben wurde. Am 5. Juli 1891 fand in dieser Sache die Verhandlung vor dem Schwurgericht statt. Obgleich Schulze theilweise geständig war und seinen Mitangeklagten Hartmann der Anstiftung bezichtigte, sätten die Geschworenen doch ein freisprechendes Urtheil, nachdem die Vertheidigung ausgeführt hatte, daß dem vielfach vorbestraften Schulze Glauben nicht geschenkt werden könne. Gegen dieses Erkenntniß hatte der Staatsanwalt das Wiederaufnahme-Verfahren beantragt und zwar auf Grund des von Schulze abgelegten Geständnisses nur gegen diesen; Hartmann müsse auf Grund des Schwurgerichtserkenntnisses frei ausgehen. Hatte Schulze früher sich und seinen Mitangeklagten Hartmann bezichtigt, so hätte er es aus Rache gethan, weil er sich an Hartmann, von dem er behauptete, um den abgemachten Verbrecherlohn betrogen worden zu sein, rächen wollte, seine alleinige Bestrafung war ihm ein Strich durch die Rechnung, er versuchte nun, das Geständniß zu widerrufen. Die Anklage nimmt an, daß Schulze die Molisch aus der Welt schaffen wollte, weil sie Mitwisserin der von ihm begangenen Brandstiftung war.

In gestrigen Terminen hatte auch der „Arbeiter“ Emil Jensch auf der Anklagebank Platz zu nehmen, welcher dem Schulze bei der Brandstiftung Hilfe geleistet haben soll. Beide Angeklagte waren dieses Verbrechens geständig und wichen nur insofern von ihren Angaben ab, als jeder von ihnen sich schuldig bekannte, mit Hilfe eines Jünderholzes den Brand angezündet zu haben.

Schulze gab an, daß Hartmann ihm 500 M. geboten habe, wenn er den Laden des Letzteren in Brand setzen wolle. Hartmann habe nur wenig Material und Waaren im Laden gehabt, aber dieselben weit über ihren wahren Werth für 2500 M. versichert. Der Angeklagte habe zugesagt, sei dann aber wieder anderen Sinnes geworden und habe sich nach einer anderen Person umgesehen, die für die Hälfte der ausgesetzten Belohnung die Brandstiftung übernehme. Er habe sich an den Kommissar Richard Krog gewandt, diesem sei das Geschäft aber zu gefährlich vorgekommen. Er habe deshalb abgelehnt. Wenige Tage später, am 24. Februar cr., habe der Angeklagte den beschäftigungslosen Emil Jensch getroffen und denselben zu der That überredet, nachdem er ihn betrunken gemacht. Während Jensch in einer Kneipe in der Nähe des Hartmann'schen Ladens gewartet, sei der Angeklagte zu Hartmann gegangen, habe denselben gesagt, daß es an diesem Abend nach 11 Uhr „losgehen“ solle und seine Vorbereitungen getroffen. Die vorhandenen Tabakblätter wurden mit Benzin besprengt. Gegen 11 Uhr habe er dem Jensch die Schlüssel zum Hartmann'schen Laden eingehändigt und dem immer noch Traulichen genau Anweisung gegeben. Nach etwa einer Viertelstunde sei ihm aber doch ängstlich geworden, daß der trunkene Jensch mit verbrennen könne. Er sei ihm deshalb gefolgt. Die Thür zum Hartmann'schen Laden sei offen gewesen. Als der Angeklagte den dunklen Raum betreten habe, sei ihm auf sein Rücken nach Jensch keine Antwort geworden. Er habe sich überzeugen wollen, ob derselbe vielleicht eingeschlafen sei und habe zu diesem Zweck ein Jünderholz angezündet. Sofort seien die Benzinadäme erplodirt, er habe hinausstürzen müssen, um nicht zu Schaden zu kommen. Der Angeklagte Jensch behauptete dagegen, daß er selbst den Brand verurteilt habe. Als er sich in dem dunklen Raum be-

land, habe er sich zunächst umsehen wollen. Er habe ein Zündholz angezündet und dasselbe nach brennend zu Boden geworfen, dann habe er sich schnell entfernt.

In betref der ihm zur Last gelegten Mordes stellte Schulze seine Schuld in Abrede. Er ließ sich hierüber im Berliner Jargon folgendermaßen aus: „Ich kenne die Rosalie von früher, hatte sie aber sieben bis acht Jahre nicht gesehen. Dann sind wir wieder zusammengekommen. An jenem Abend traf ich meinen Freund Mandel. Wir wollten bei Abends noch ein bißchen promenieren, ich hatte ihn aber verloren und ging die Invalidenstrasse herunter, um ihn zu suchen. Da traf ich die Rosalie, welche einigen Herren Gemeinheiten zuzief. Ich verbot ihr dies, weil sich so was nicht paßt. Sie beruhigte mich aber, indem sie sagte: „Na, Roberten sei man gut, wir gehen auch zusammen auf Standesamt, vorher wollen wir aber noch einen trinken.“ Wir tranken denn auch erst meine Pils aus. Sie hatte aber noch nicht genug und trieb mir, bis ich ihr 40 Pennie gab, wofür sie noch Schnaps holte. Dann wurde sie wieder unanständig, was mir so schmerzte, daß ich ihr die Pils aus der Hand riß und sie seien den Brumen was, det sie entweißte ging. Dann sagte ich ihr, det ich nun ein bißchen an't Wasser gehen wollte, um mir anzukurzen, wenn sie meinen Freund Mandel treffen sollte, sollte sie ihm sagen, wo ich wäre. Ich setzte mich dann so auf det Geländer von die Brücke und schlief ein. Als ich mal aufwachte, merkte ich, det die Person neben mir saß. Ich stand uf, lehnte mich an't Geländer und schlief in Stoben weiter. Mit einmal wachte ich wieder uf, weil was in't Wasser fiel. Ich sehe lieber det Geländer un sehe, det die Person im Wasser liegt. Die Straßengeher liefen hinzu un lösten den Rettungskabn. Ich konnte so schnell nich nach dem Kahn hinkommen un sprang in't Wasser. Ich hielt mich an den Kahn fest un kletterte ein, als die Person auch rinnelegt war. Ich haunte i br eine Maultschelle un sagte: Du A... nu bist Du wohl det? Denn sie rührte sich nicht. Wir legten ihr denn uf die Wöschung un ich bemühte mich, ihr wieder in't Leben zu bringen. Ich haunte ihr noch een Paar sachte Maultschellen, indem ich sagte: Rosalie, komm doch zu Dir!“ Denn kam der Mann, der ein Doktor sein sollte. Wir rieben ihr nun beide, aber der Doktor sagte: „Geben Sie sich keine Mühe, mit der is et zu Ende.“ Als wir sie denn mit 'ne Drofsche fortbringen wollten, habe ich selbst gesagt, det sie noch Geld in der Tasche haben mußte, was ich ihr gegeben hatte. Det Geld haben wir denn auch gefunden un denn sind wir nach der Polizei gefahren. Wie nun daraus eine Nordanlage gemacht werden kann, ist mir unbegreiflich. — Präsi.: Sie sollen sich nach dem Tode der Ertrunkenen sehr roh betragen haben. — Angekl.: Im Gegenheil, ich habe noch gesagt: „Kenne Rosalie, wer hätte Dir prophezeiten können, daß Du heute noch im Wasser liegst.“ — Präsi.: Einige Zeugen haben aber gesehen, daß Sie unmittelbar vor dem Unglück vor der Mitofsch gestanden haben. — Angekl.: Det is 'ne Lüge. Vielleicht hat die Person vor mir gestanden, als ich schlief. Mir fehlten nachher meine Papiere, un die Person war als Taschendiebin längst bekannt. — Präsident: Zeugen wollen auch gesehen haben, daß Sie unmittelbar nach dem Sturz in's Wasser gedrückt am Geländer standen und gewissermaßen dem Kampfe mit den Wellen zuschauten. — Angekl.: Keine Dree! Vors.: Sie sollen auch während der Haft einen Schuttmann gefragt haben, welche Strafe Sie wohl bekämen, wenn Sie die That einräumten. — Angekl.: Das wäre ja der reine Unsinn! — Als Zeugen werden zunächst die beiden Straßengeher vernommen. Der erste bekundet, daß der Angeklagte kurz vor dem Sturze der Frauensperson noch mit derselben gesprochen habe und un sie herumgegangen sei. Dann habe er sich über das Geländer gebückt und gerufen: „Na, Du A... ein wahres Glück, daß Du alle bist, das habe ich Dir schon lange gewünscht.“ Als die Ertrunkene aus's Land gebracht war, verlangte der Arzt Brantwein, wenn Jemand solchen bei sich führe. Er wollte die Verunglückte damit einreiben. Der Angeklagte that darauf die Ausrufung: „Erst werde ich man einen schmieren, was braucht die miserable Person noch Brantwein.“

Der zweite Straßengeher bekräftigt im Wesentlichen die Bekundungen seines Kollegen. Daraus vermag der Vorsitzende, Landgerichtsrath Kollmann, die Verhandlung bis Montag Vormittag 9 Uhr.

Am Montag wurde die Verhandlung zu Ende geführt. Aus der Beweisaufnahme sind wichtigere neue Momente nicht hervorzuheben. Der Belastungszeuge Klotz, ein mehrfach bestraffter Mensch, sollte bekunden, daß der Angeklagte gegen Versprechung einer Belohnung von 500 M. versucht habe, ihn zu bewegen, bei Hartmann Feuer anzulegen. Da Klotz nach der Bekundung des Kriminalkommissarius Braun nicht auffindbar ist, wurde seine Aussage bei seiner kommissarischen Vernehmung verlesen. Aus derselben ergibt sich die Wichtigkeit dieser Beschuldigung. Klotz hat dem Angeklagten gesagt, daß er zwar bereits bestrast sei, seine Hand zu einer solchen That aber niemals hergeben werde. Der Angeklagte hatte darauf den Wunsch ausgesprochen, daß ihm eine andere Persönlichkeit, die zu dieser That geeignet wäre, genannt würde. — Bezüglich der Mordaffäre bekundeten noch mehrere Zeugen, daß der Angeklagte bei seinen sogenannten Wiederbelebungsversuchen sich außerordentlich roh benommen hat. Ueberhaupt warf die Verhandlung wieder ein helles Licht auf das widerwärtige Treiben der Dirnen und deren Zubehör un anderen lichtscheuen Gefindels in abgelegenen Stadtteilen. Vor dem Richtertische stand ein Holzmodell, welches die Abmessungen der Längs- und Quer-Eisenstäbe der Sandstrugbrücke genau wiedergab. Der Angeklagte behauptete, daß eine angetrunkene Person, welche auf einer der Eisenstangen zusammengelauret sitz, sehr leicht durch die Öffnung hindurchrutschen kann. Der Angeklagte erwies diese Behauptung durch eine demonstratio ad oculos, indem er zwei Mal vor den Augen der Geschworenen seinen eigenen Körper mit Beichtigkeit durch eine der quadratischen Öffnungen hindurchbrachte. In der Beweisaufnahme spielten auch noch einige Briefe eine Rolle, welche bei dem Kriminalkommissarius Braun eingegangen waren. Diese Briefe waren ursprünglich als ein bedeutendes Belastungsmaterial gegen den Angeklagten verworther worden, da sie beweisen sollten, daß die Mitofsch Mitwissersin von allerhand verbrecherischen Handlungen des Angeklagten gewesen sei. Die Anklagebehörde vertrat die Ansicht, daß die Mitofsch aus Rache für etwaige Mißhandlungen, die sie durch den Angeklagten erlitten, diese Briefe dem Kriminalkommissarius Braun in die Hände gespielt und der Angeklagte Veranlassung gehabt habe, diese unliebsame Mitwissersin aus dem Leben zu schaffen. In den qu. Briefen wurden Einzelheiten bezüglich der Hartmann'schen Brandstiftung mitgeteilt un die Schuld des Hartmann klar gelegt. Im übrigen hatten die Briefe die Kluren, als ob sie an eine Frauensperson gerichtet gewesen wären, und daraus entstand die Meinung, daß die Mitofsch die Briefe eingestanden haben müsse. Diese Annahme hat sich nun aber als falsch erwiesen, denn nach der Bekundung des Schreib-Sachverständigen Richter sind die Adressen zu diesen Briefen von dem Angeklagten selbst geschrieben worden. Damit fällt diese Stüge der Anklage natürlich zusammen. Aus den Erweiterungen über diese Briefe scheinen dieselben folgende Entstehungsgeschichte zu haben. Offenbar war der Angeklagte Schulze empört darüber, daß bei der Brandstiftungs-Affäre, bei welcher er sich selbst beinahe die Finger verbrannt hatte, die Hauptperson Hartmann nicht nur frei ausgegangen war, sondern auch das Versicherungsgeld eingestrichen hatte, ohne ihm seinen Verbrecherlohn zu zahlen. Es scheint, als ob Schulze von Rachegefühl gegen Hartmann erfüllt war und demselben etwas am Fingere zu sicken trachtete. Solche Leute, wie der Angeklagte, die kein Gefühl persönlicher Ehre kennen, sobald es sich um ihren Kampf gegen die menschliche Gesellschaft handelt, besitzen doch eine gewisse „Verbrecher-Ehre“, welche verloren geht, wenn ein Verbrecher „pfeift“. Aus diesem Gesichtspunkte heraus mag wohl der Angeklagte die Form

der Briefe gewählt haben, um der Kriminalpolizei die Ueberzeugung von der Schuld des Hartmann nahe zu legen. Durch die Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß sowohl Schulze als auch die Mitofsch in der kritischen Nacht insolge reichlichen Bier- und Brantweingenusses stark angetrunken gewesen ist. Während der ganzen Beweisaufnahme und des Plaidoyers des Staatsanwalts hörte Schulze, mit dem Oberkörper halb über die Barriere gebeugt, mit höhnischem Lächeln sich seinen kleinen Schnurrbart drehend, aufmerksam zu. Er wurde nur einmal etwas wehmützig und zwar in dem Augenblick, als sein Verteidiger von dem eingegangenen Verbrecherlohn sprach. — Der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Müller I, ersuchte die Geschworenen, die sämtlichen Schuldfragen gegen beide Angeklagte zu bejahen und mildernde Umstände, wo solche zulässig sind, auszuschließen. Was insbesondere den Mord betrifft, so begründete der Staatsanwalt in längerer Ausführung seine Ueberzeugung, daß hier weder ein Selbstmord, noch ein Unglücksfall vorliege, daß vielmehr der Angeklagte mit Absicht und Ueberlegung die Mitofsch ins Wasser gestossen habe. Der Staatsanwalt fand die Motive der That in dem Verreiben und dem Wunsche des Angeklagten, eine ihm unbecuene Person um die Ecke zu bringen, er hielt aber auch die Möglichkeit gegeben, daß der Angeklagte mit der Mitofsch in Streit gerathen sei, weil diese ihm nicht genug Geld gegeben. — Der Verteidiger des Schulz, Rechtsanwalt Müllers, bekämpfte diese Ausführungen als unbewiesene Kombinationen. Es handelte sich hier um eine Person, die nicht die geringste Sympathie erwecken könne, sondern um einen Menschen, der schon 14 Mal vorbestraft sei und mit unglaublichem Jynismus das in den Schmutz ziehe, was anderen Leuten heilig sei. Nichts desto weniger dürften sich die Geschworenen nicht auf den Standpunkt stellen, daß es sich empfehle, ein solch infames, lumpiges Subjekt unschädlich zu machen, sondern sie müßten alle Einzelheiten sorgsam prüfen. Nach Ansicht des Verteidigers, die derselbe eingehend begründete, müsse es ausgeschlossen erscheinen, daß der Angeklagte die Mitofsch ins Wasser gestossen, alle Umstände deuteten vielmehr darauf hin, daß die angetrunkene Frauensperson ins Wasser gefallen sei. Nach der zweite Verteidiger, Rechtsanwalt Feinich, plädierte auf Freisprechung des Angeklagten Feinich. Derselbe habe von der Ausführung des allerdings geplanten Verbrechens freiwillig Abstand genommen. Eventuell müsse man annehmen, daß der Angeklagte insolge überreichen Bier- und Brantweingenusses seine freie Willenskraft verloren gehabt habe, mindestens aber müsse man dem Angeklagten mildernde Umstände zubilligen.

Nach dem Spruch der Geschworenen wurde Schulze zwar nicht des Mordes, aber des Todtschlages, ferner der Brandstiftung und der Anstiftung zur Brandstiftung für schuldig erklärt und wurden ihm mildernde Umstände verjagt. Der Angeklagte Feinich wurde der vorfählichen Brandstiftung unter Zubilligung von mildernde Umständen für schuldig erklärt.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Schulze eine Gesamtstrafe von 15 Jahren Zuchthaus, 10jährigen Ehrverlust und 800 M. Geldstrafe, gegen Feinich drei Jahre Gefängnis und dreijährigen Ehrverlust. Das Urtheil lautete gegen Schulze nach dem Antrage des Staatsanwalts, gegen Feinich auf 2 Jahre Gefängnis und dreijährigen Ehrverlust.

In dem Prozesse gegen den Wäitchegefellens Bruno Schulz von Spandauer Berg wurde gestern Nachmittag das Urtheil gesprochen.

Die Geschworenen hatten den Angeklagten in je einem Falle des Raubes und der Rothucht freigesprochen, ihn dagegen schuldig erklärt des Raubes und der versuchten Rothsucht in je einem Falle und des Diebstahls in zwei Fällen.

Das Urtheil lautete auf vier Jahre Zuchthaus und 5jährigen Ehrverlust. Fünf Monate wurden durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt erachtet.

Der Verurtheilte trug ein verzweifelltes Wesen zur Schau und behauptete seine Unschuld, bis er von den Gerichtsbedienten abgeführt wurde.

Der Nachwächter-Schoppen. Wegen Beamtenbestechung hatten sich gestern der Restaurateur Köppen und dessen Ehefrau aus Charlottenburg vor der 2. Strafkammer Landgerichts II. zu verantworten. Der Nachwächter Seger hatte gegen beide die Anzeige erstattet, unter der Bezeichnung, durch Gewährung von Freibier u. f. w. ihn zu veranlassen, es mit der Polizeistunde nicht so genau zu nehmen. Besonders der Frau ward der Vorwurf gemacht, daß sie während ein Strafverfahren wegen Uebertretung der Polizeistunde gegen ihren Ehemann schwebte, derartige Bestechungsversuche unternommen habe. Die Angeklagten leugneten nicht, dem Wächter gelegentlich Bier und Schnaps angeboten zu haben, sie beriefen sich jedoch darauf, daß überall der Nachwächterschoppen harmlos gegeben und genommen werde. Auch die Strafkammer erlangte nach stattgehabter Beweisaufnahme nicht die Ueberzeugung, daß die Angeklagten schuldig seien und sprach sie frei. Der Staatsanwalt hatte 5 beziehungsweise 10 M. Geldbuße beantragt.

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein in Charlottenburg hielt am 5. Juli seine erste Mitgliederversammlung nach den Wahlen ab. Der Vorsitzende Genosse Meyer dankte zunächst im Namen des Wahlkomitees den Mitgliedern für die bereitwillige und thatkräftige Unterstützung während des Wahlkampfes. Dann referirte Genosse G. Bartel über die Bedeutung der Reichstagswahlen. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen und beschlossen, im Laufe des Monats von seiten des Vereins ein Sommerfest abzuhalten, welches zugleich ein Siegesfest für den von der Sozialdemokratie eroberten Wahlkreis sein soll. Mit dem Arrangement wurde ein Komitee von 23 Mitgliedern betraut.

In der Versammlung des Nachvereins der Studenten am 3. Juli referirte Genosse Roland über das Thema: Sozialismus und Anarchismus. Die treffendsten Darlegungen des Referenten fanden in der Versammlung lebhaftest Anerkennung. In der Diskussion vertraten auch die Anhänger des Anarchismus ihre Ansichten. Da sie aber sehr wenig Anklang mit ihren Theorien fanden, entfernten sie sich sehr bald. Die nächste Versammlung findet am Montag, den 17. Juli, statt.

Der Verein deutscher Schuhmacher (Zentrale Berlin II) tagte am 3. Juli. Der Referent Genosse Thierbach war nicht erschienen. Infolge dessen erörterte man die Lokalfrage und wurde beschlossen, ein Mal im Monat bei Keller zu tagen, die Auswahl für das zweite Lokal bis auf weiteres dem Vorstand zu überlassen. Auf Antrag der Kollegen Fleischer und Kunge bewilligte man für den ersten und zweiten Bevollmächtigten je ein Exemplar des Schuhmacher-Fachblattes auf Kosten des Vereins. Ferner beauftragte man den Vorstand, zum nächsten Schuhmacherkongress am 9. Juli in Mittweida ein Glückwunschtelegramm abzusenden. Die nächste Versammlung findet am Montag, den 17. Juli, bei Adlig, Neue Friedrichstraße 44 statt.

Die Bilderrahmenmacher hielten am 8. Juli eine öffentliche Versammlung ab, in der Herr Friß Hansen über den Nutzen und Werth der Organisation referirte. An die mit Beifall aufgenommenen Ausführungen knüpfte sich eine Diskussion, in der einige Redner für strenge Aufrechterhaltung der seiner Zeit gefassten Resolution eintraten, wonach die Kollegen sich nicht durch Anlernen von Tischlern, Glasern u. dgl. Konkurrenz nicht schaffen sollen. In seinem Schlussworte erwähnte der

Referent die Anwesenden, sich gegen die Schmutzkonkurrenz zu wehren. Unter Verschiedenem theilte der Vorsitzende mit, daß der Verein der Rahmenmacher am 12. August ein Sommerachts-Fest veranstaltet. Zwei Beisitzer Kollegen, die zu der Versammlung herübergekommen waren, erklärten ihren Beitritt zum Verein. Der Vorsitzende forderte dann zur schleunigen Einlieferung der statistischen Fragebogen auf und zur Unterstützung des Wirthes Puls, bei dem der Arbeitsnachweis (Wasserthorstraße) ist.

Im Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer von Berlin und Umgegend sprach am 6. Juli unter großer Aufmerksamkeit der Versammlung Genosse Kötter über das Thema „Astronomie und Religion“. Alsdann wurde bekannt gegeben, daß am 8. Juli Andreasstr. 26 bei Kollegen Wille ein gefälliger Abend, und am Sonntag, den 16. Juli, im Königshof, Bülowstraße 36, eine Wanderverammlung stattfindet, in der Genosse Kötter referirt über: „Ueber wirthschaftliche und politische Lage“.

Der Verein Berliner Dreischleifentischer hielt seine Mitgliederversammlung für das zweite Vierteljahr am 7. d. M. ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der im Laufe des vorigen Vierteljahres verstorbenen Vereinskollegen Dohmann, Theiß, Schulz, Stramm und Daniel in üblicher Weise. Hierauf erstattete der Vorsitzende Schütte den Geschäftsbericht. Nach diesem sind im vergangenen Vierteljahre im Vereinsbureau, Schäferstraße 58, 125 Protokolle in Angelegenheiten aufgenommen, sowie 755 Korrespondenzen (130 mehr als im ersten Vierteljahre) angefertigt worden. In Fundsachen wurden 467 (82 mehr) eingeliefert. Von den Verkäufern wurden 248 Gegenstände reklamirt und dafür 258 M. 30 Pf. Forderlohn gezahlt. Der vom Verein unterhaltene Dienstanzeiger wies 66 offene Stellen auf, von welchen 35 durch Vereinsmitglieder besetzt werden konnten. Neu aufgenommen wurden 57 Mitglieder (7 mehr) und zählte der Verein am 1. d. M. 1389 Mitglieder. Durch die Ungunst der Verhältnisse sind aber ein großer Theil dieser Mitglieder bis zu 6 Monaten mit ihren Vereinsbeiträgen im Rückstand, aus welchem Grunde sich das Vereinsvermögen auch um 608 M. vermindert hat. Dasselbe betrug am 1. d. M. 8003,86 M. Zu längeren Erörterungen gaben die in der am 5. d. M. in der Norddeutschen Brauerei stattgehabten öffentlichen Kutscherversammlung gegen den Verein und dessen leitenden Vorsitzenden erhobenen Beschuldigungen Veranlassung und wurde dem Vorsitzenden Vollmacht erteilt, auf Kosten des Vereins gegen den Kollegen Pluscher wegen Beleidigung klagbar vorzugehen. Unter allgemeiner Zustimmung der Versammlung wurde von Stiller das Bedürfnis einer Sonntagruhe klargestellt. In dieser Angelegenheit wird demnächst eine öffentliche Versammlung stattfinden.

Verein Berliner Bauarbeiter. Dienstag, den 11. Juli, Abends 8 Uhr, in den Krantinallen, Kommandantenstr. 20: Ordentliche Generalversammlung.
Gewerkschaft Berliner Bildhauer. Dienstag, den 11. Juli, Abends 8 Uhr: Generalversammlung. Tagesordnung: Berichterstattung und Organisationsfragen.
Gewerkschaft der Schlosser-Boislerer zu Berlin. Dienstag, den 11. Juli, Abends 8 Uhr, im Restaurant des Landmanns W. Goh, Goltzmarktstr. 21: Vorstandssitzung.

Sprechsaal.

Die Redaktionen stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür ausreicht, dem Subskribent zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie wahren sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifizirt zu werden.

Zu unserem Bericht über die letzte Generalversammlung der Orts-Krankenkasse der Tischler und Pianoforte-Arbeiter geht uns folgende Zuschrift zu:

Es ist unrichtig, daß Niemand die ungünstigen Verhältnisse der Maschinenbauarbeiter-Kasse nur den 4000 Selbstzahlern allein zur Last lege, sondern ausdrücklich darauf hinwies, daß solche Verhältnisse nur der zur Zeit vollständig darniederliegenden Industrie (Arbeitsmangel) zuzuschreiben sind. Es ist unrichtig, daß Dähne erklärte, schlechter wie im Gewerkschaften-Verein läme seine Kasse und deren Mitglieder jetzt auch nicht weg. Dähne hob ausdrücklich hervor, daß die Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Maurer mit der freien Arztwahl zufrieden wären; denn durch die Einführung der freien Arztwahl sei seine Kasse, welche unter dem System des Gewerkschaften-Vereins fast den Bankrott erklären mußte, wieder lebensfähig geworden; die unter dem alten System gemachten Schulden hätten sie schon im 1. Quartal bei der freien Arztwahl nicht nur bezahlen können, sondern seien auch wieder in der angenehmen Lage, einen Fonds anzusammeln. Es wurden sogar im 1. Quartal 1893 mit der freien Arztwahl ca. 48 000 Mark weniger ausgegeben, als im gleichen Zeitraum 1892 beim Zwangssystem, so daß die Mitglieder und die Verwaltung mit der neuen Einrichtung sehr zufrieden wären.

Im übrigen wollen wir bemerken, daß die freie Arztwahl nicht aus den von Herrn Lampe angeführten Gründen abgelehnt wurde, sondern weil der Vorstand unter allen Umständen darauf bestand, daß mit der Einführung der freien Arztwahl auch zugleich die Erhöhung der Beiträge um 24 Pf. (also von 45 Pf. auf 69 Pf.) erhöht werden sollte, so daß verschiedene Delegirte erklärten, sie wären für freie Arztwahl, aber nicht für die Erhöhung der Beiträge, wie sie der Vorstand beantragt hatte.
Rudolf Ahmann, Huslitenstr. 70.
August Dähne, Demminerstr. 66.

Vermischtes.

In Breslau ist am Sonnabend der Arzt Dr. Schwandt, dessen Verhaftung f. Z. so großes Aufsehen erregte, nur in drei Fällen des im § 219 des Strafgesetzbuches mit Strafe bedrohten Verbrechens für schuldig erklärt und zu einer Gesamtstrafe von fünf Jahren Zuchthaus und Ehrverlust verurtheilt worden.

In Dewsbury (England) ereignete sich bekanntlich am Dienstag ein furchtbares „Grubenunglück“. Ein Genosse schreibt uns darüber: Auf der Grube Thornhill-Dewsbury ist durch Feuersbrunst die ganze eingebaute Bergschicht vorwärtlich umgekommen. Morgens 6 Uhr fuhren an 142 Männer und Jungen ein, kurz nach 1 Uhr erfolgte eine Detonation und schlug eine Flamme zum Schacht heraus, welcher drauner, dicker Qualm folgte. Bis Abends 9 Uhr waren heraufbefördert 5 Mann, die sämtlich todt waren, worunter ein Schmie, welcher kurz vor 12 Uhr eingefahren war. Bis Mittwoch sind 89 Mann todt und ein Lebender (jedoch mehr todt denn lebendig) ans Tageslicht gebracht worden.

Die Grube ist Eigenthum des Kapitäns Inham und ungefähr 50 Meter tief.

Unter den Todten ist ein Vater mit 5 Söhnen. Die Frau eines Schmiedes verschied beim Empfang der Todesnachricht ihres Mannes, unbeschreiblich ist der Jammer der Wittwen und Waisen, und gerade heute, wo zur Feier der Hochzeit des Duke of York die Fabriken einen halben Tag still stehen, jedoch haben eine Anzahl beschlossen, d. h. die Arbeiter, zu arbeiten und den Ertrag den Hinterbliebenen zu geben. Für den armen Duke ist eine, na, nur eine Million gesammelt resp. gebettelt worden, wäre es da nicht angebrachter, dieselbe für die Hinterbliebenen zu verwenden?

Natürlich hat der Empfänger so viel Ehrgefühl, wie es unter den Edelfen und Besten überall Mode ist und spendet das Geld. Oder — ?

Von heftigen Stürmen wurde Nordamerika in der letzten Woche heimgesucht. In Chicago und auf dem Michigan-

See wüthete am Sonntag ein heftiger Sturm. Mehrere Boote kenterten; von 30 vermisten Insassen befürchtet man, daß sie ertrunken sind. In Pomeran (Zowa) sind durch einen Cyclon am Donnerstag 53 Personen getödtet, 75 lebensgefährlich und 150 schwer verletzt worden; 250 Häuser wurden zerstört. Der Schaden wird auf 250 000 Dollar geschätzt.

Depeschen.

(Depeschen des Bureau Herold.)

Prag, 10. Juli. Eine gestern in Komotau abgehaltene Versammlung von Landwirthen beschloß eine Resolution zu gunsten der Landwirtschaft Böhmens, in welcher gänzlich oder doch theilweise Aufhebung der Grundsteuer und zeitweise Abschaffung der Erbschaften wegen Grundsteuer, Ermäßigung der Frachten auf Futtermittel und Streumittel, sowie Gewährung von Darlehen seitens des Staates verlangt werden.

Petersburg, 10. Juli. Im Grasshain findet sich ein heftiger Artikel gegen den Abschluß eines Handelsvertrags mit Deutschland. Rußland könne deutsche Waare entbehren, aber Deutschland habe dringend russisches Getreide nötig. Ferner sei Deutschland für Unterbringung russischer Anleihen überflüssig, man solle ihm sogar die bereits dort untergebrachten wieder entziehen.

Paris, 10. Juli. In der heutigen Kammer Sitzung wurde der Antrag auf Amnestie mit 279 gegen 149 Stimmen verworfen, nachdem der Ministerpräsident Dupuy erklärt, er lasse für die Studenten keine Gnade walten, da dieselben die Gesetze kennen und später auch ausüben wollen.

Paris, 10. Juli. Nach zuverlässigen Angaben erleidet die Omnibusgesellschaft einen Schaden von 100 000 Frks. infolge der Zerstörung und Beschädigung ihrer Wagen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Paris, 10. Juli. Der Municipalrath nahm eine Tagesordnung an, in welcher die Pariser Bevölkerung aufgefordert wird, sich der Theilnahme an den Festlichkeiten des 14. Juli zu enthalten.

Briefkasten der Redaktion.

P. G. S. Kommen Sie morgen (Dienstag) zwischen 7 und 1/8 Uhr.

Ein Genosse aus dem 6. Wahlkreis. Der Vertrauensmann für Fürstentum heißt H. Weiland und wohnt Eisenbahnstraße 53.

W. D. Das Reichstagsgebäude ist Leipzigerstraße 4. Um einer Sitzung beiwohnen zu können, müssen Sie sich Tags vorher beim Portier des Reichstags melden.

J. G. 100. Wenden Sie sich doch mit dieser Frage an Bebel selbst.

C. M. Sie müssen schleunigst unter Darlegung des Sachverhalts Jubilidung einer Unfallrente und Vorschuß darauf bei dem Vorstand der Berufsgenossenschaft beantragen.

R. N. Das Breslauer Parteiblatt führt den Titel die „Volkswacht“.

J. L. Weimar. Berlin hat 6 Wahlkreise und 478 Wahlbezirke.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 11. Juli, Abends 8 Uhr, in den Konfordia-Festsälen, Andreasstraße Nr. 64: **General-Versammlung.**

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Georg Wagner über: „Was lehrt uns die Reichstagswahl und was lehrt uns die Thronrede?“ 2. Diskussion. 3. Kasfenbericht und Bericht des Vorstandes. 4. Wahl des gesammten Vorstandes. 5. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimirt. Neue Mitglieder werden am Eingange der Versammlung aufgenommen. Um zahlreichen Besuch bittet 377/2

Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung

Maurer Berlins

und Umgebung

am Donnerstag, den 13. Juli, Abends 8 Uhr, bei Joël, Andreasstraße Nr. 21.

Tagesordnung:

Das Verhalten des Gewerbe-Schiedsgerichtes gegenüber der Sonntagsruhe auf Bauten. Der Vertrauensmann Käppel.

Gravenre und Ciseleure.

Große öffentliche Versammlung

am Dienstag, den 11. d. Mts., Abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Bachmann, Dresdenstr. 45.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen J. Timm über „Die Kämpfe der Arbeiterklasse“. 2. Stellungnahme der Kollegen zur Gründung einer Agitationskommission event. Wahl derselben. 3. Wie stellen sich die Kollegen zur Entsendung eines Delegierten in die Streit-Kontrollkommission event. Wahl desselben. 4. Verschiedenes. Um recht rege Betheiligung ersucht (325M) Der Einberufer.

Stuckateure und verw. Berufsgen.

Dienstag, den 11. Juli, Abends 1/8 8 Uhr,

im Saale des Herrn Deigmüller, Alte Jakobstraße 48a: **Große öffentliche Versammlung.**

Tages-Ordnung:

1. Endgiltige Abstimmung und dementsprechende Beschlussfassung über die zwei eingebrachten Resolutionen. 2. Neuwahl der zwei Vertrauensleute. 3. Wahl von Revisoren für den Unterstützungsfonds. 4. Unsere Stellung zum Submissionswesen. 5. Verschiedenes. 271/20

Gleichzeitig mache ich die Kollegen darauf aufmerksam, daß noch sehr viel Karten und auch Koalitions-Listen ausstehen und bitte alle Kollegen, so viel wie möglich abzugeben, damit die nächste Abrechnung zu unserem Besten ausfällt. Der Vertrauensmann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch, den 12. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, bei Köllig, Neue Friedrichstraße Nr. 44:

Versammlung der Parquetbodenleger.

Tages-Ordnung:

Bohnregulierung einzelner Firmen. Diskussion. Verbandsangelegenheiten. Die Kollegen der Firmen Frohlich, Mittag, Leibs & Co. sind hierzu besonders eingeladen. 318/14

Montag, den 31. Juli, in der Neuen Welt, Hasenhaide:

Gr. Sommer-Fest

bestehend in Konzert, Spezialitäten-Vorstellung, Feuerwerk und Ball. Billets sind auf allen Zahlstellen und bei den Mitgliedern der Ortsverwaltung zu haben. Die Ortsverwaltung.

Betten, schöner Stand, neu, 22 M., sofort zu verk. Briherstr. 10 v. p. 826b

Neu renovierte prächtige Wohnungen zu 50, 60 Thlr. zu vermieten. 732b Hennigsdorferstr. 24.

Grzifswalderstr. 199
1 Stube, Küche, Boden 74 Thlr., 2 St. Küche, Boden 95 u. 100 Thlr. 645b*

Wohnungen, sehr hell und freundlich, von 70 bis 115 Thaler, Grzifswalderstr. 29. 721b

Gr. helles Parterre-Fabrik-Lokal, in dem Metallglasererl betrieben wurde, auch für jeden anderen Zweck geeignet — ist zu vermieten. Näheres bei A. Meyer, Neue Friedrichstraße 4. 55/18

Belfortestr. 23 Wohnungen 9 bis 23 M.

Chanseestr. 2F Wohnungen 25 bis 50 M.

Weissenburgerstr. 34 Wohn. 12 bis 22 M. *

5 1/2 Bund Albrecht's Bäckerei, 50 Pfennig Liefer. Wrangel-Strasse 8, Langestr. 26, Falkensteinstr. 28.

Empfehle mein Geschäft in trisozen Blumen und Kränzen. 8528 L

Robert Meyer,

Nr 2. Mariannenstraße Nr. 2. NB. Um häufigen Verkehr zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.

Sophastoff-Reste

in Rips, Damast, Cröpe, Fantasie, Gobelin, Plüsch und bunten Moquerts spottbillig!

Proben franko! Berlin S., Emil Lefèvre, Oranienstraße 158.

Großer Waffen-Ausverkauf.

Nach beendeter Hauptsaison kommen von jezt ab ca. 1000 Regenmäntel à 6,- M., 500 Jaquets à 4,50 M., 200 Staubmäntel à 3,50 M., 100 Umhänge in Wolle und Seide à 8,- M. zum Ausverkauf. 4828*

Damen-Mäntel-Bazar

Leipzigerstr. 91, 1 Tr. Größtes Lager Berlins Kinderwagen. Andreasstr. 23. Sp

Reibet ein

Reibet aus

so wäscht Ihr die Wäsche mit Seife. Zuerst reibt Ihr die Wäsche mit Seife ein, das macht Arbeit. Dann reibt Ihr die Seife auf dem Waschbrett wieder heraus. Wenn Ihr stark und gesund seid und lächtig genug reibt, dann möget Ihr den Schmutz auch herausbekommen; es ist harte Arbeit, das weiß jede Frau. Aber es ist nicht die Frau allein, welche leidet; sie nützt das Zeug ab, das während des langen Reibens in Stücke geht. Dieses ist für Euren Geldbeutel gerade so schlimm, wie für Eure eigene Person.

Weichet ein

Wringet aus

so wäscht man mit Karol Weill's Seifenextrakt. Löset es in heißem Wasser, schüttet laues Wasser hinzu und legt die Wäsche hinein, dann verrichtet es seine Arbeit allein — die Curige auch. Es zieht den Schmutz über Nacht leicht und schnell heraus. Keine schwere Arbeit, kein ermüdendes Reiben, kein Waschbrett. Erscheint Euch dies nicht besser? — Es ist besser! Da wird die Kraft geschont und das Zeug geschont. Und was einige Frauen nicht für möglich halten, es ist durchaus zuverlässig, gerade so wie gute Seife. Auch zum Aufwaschen in der Küche giebt es nichts Besseres wie

Karol Weill's Seifenextrakt, nur muß man nach dem Aufwaschen mit kaltem Wasser nachspülen.

Hütet Euch

vor gewissenlosen Kaufleuten, die Euch sagen, „Dies ist so gut wie“ oder „dasselbe wie“ — Karol Weill's Seifenextrakt. Es ist falsch! Karol Weill's Seifenextrakt, das beste Waschmittel der Welt, ist nur echt, wenn in hellgrauem Papier gepackt, mit Schutzmarke Waschlaf, und darf nicht verwechselt werden mit geringwerthigen Seifenpulvern, welche die Wäsche ruiniren. 4199L*

Sonntags geöffnet von 7-10 und 12-2 Uhr.

„Zum Prophet.“

Welthaus

fertiger Herren- u. Knaben-Garderoben

Größtes derartiges Geschäft in Deutschland.

1. Etage. Am Dönhofsplatz. 1. Etage.

Ecke Leipziger- und Kommandanten-Straße.

Für die Ferien!

Waschhoien von 1 M. an, Diabaleiter von 2 M. an, Knabenanzüge von 1 M. an. Lustre- und Cachemir-Jaquets, Feinen- und Wasch-Anzüge, Sommer-Paletots jeder Größe von 8 M. an, la. wie nach Maß gefertigt, von 18 M. an, Schwaloff's mit Pelserie, Herren-Anzüge von 10 M. an, feine Anzüge von 14 M. an, Braut-Anzüge in Tuch und Kammergarn von 25 M. an, Herren-Jaquets von 5 M. an, Schlafrocks von 8 M. an, Herren-Duzlin-Hosen von 3 M. an, elegante Hosen von 5 M. an, Hosen und Westen von 6 M. an, modernste von 8 M. an, Knaben-Paletots von 3 M. an, Anzüge für jedes Alter von 2,50 M. an, Kellner-Fracks, Staubmäntel jeder Art.

Verwand nur unter Nachnahme. Umtausch bereitwilligst.

„Zum Prophet.“

Welthaus

fertiger Herren- u. Knaben-Garderoben

Größtes Geschäft

am hiesigen Plage, das anerkannt gute Waaren so billig abgiebt.

1. Etage. Am Dönhofsplatz. 1. Etage.

Ecke Leipziger- und Kommandanten-Straße.

Uhren u. Goldwaaren Georg Wagner

Oranienstr. 63, 1.

in bester Ausführung zu den billigsten Preisen. Silber-Cylinder-Remontoir 12,75 M. Massiv gold. Trauringe, 1 Dukaten 10,50 M., 1/2, Duk. 15,50 M., 2 Duk. 20 M.

Amerika u. Australien. Billigste Fahrarten. Kajüte u. Zwischendeck mit Schnell-Dampfer d. d. Long. Generalagent. Aug. Langer, Plah Neues Thor 1a pt. (nicht Baden). 664b*

Braunschweig. S. Gr. m. I. G. o. d. Fr.

Jede Nähmaschine reparirt umbed. gut und billig. Erfahrene berechnen i. Selbstkostenpreise. Schiffchen 70 Pf. Singerpulver 5 Pf., W. B.-Spulen 20 Pf. re. Parteigenossen mache besond. aufmerksam. 55/13

W. Maacke, Schwedterstr. 31.

Ich habe mich Griebenowstr. 16 als Arzt niedergelassen und bin auch Mitglied des Vereins der freigewählten Kassenärzte. 58/3

Dr. Arensohn.

Ehren-Erklärung.

Ich nehme die im Monat Februar d. J. dem Schmiedemeister vom Königl. Polizeipräsidenten Herrn Richard Herm. Theodor Günther zugefügte Beleidigung: „daß er mit 4 Monaten Haft bestraft sei“, hiermit zurück und erkläre denselben für einen achtbaren Mann. 835*

Otto Hintz.

Erkläre die Eheleute Hippe als ehrenhaft. Frau Brandt, Brunnensstraße 52. 881b

1 Uhr mit 2 Hängeketten in Schönholz gefunden. Näheres bei Tausendfreund, Weberstr. 50. 828b

In 2. Auflage ist erschienen, nachdem die 1. Auflage innerhalb drei Monaten abgesetzt war:

Unsere wirtschaftliche und politische Lage.

4532L*

Rede des deutschen Reichstags-Abgeordneten August Fiebel.

Gehalten im Dezember 1892 im Kasino Zürich III.

Nach stenogr. Aufnahme des Stolz. Stenographenbureau Zürich.

Preis: 25 Cts. = 20 Pf.

Zürich.

Verlagsbuchhandlung des Schweiz. Grüllvereins.

Vereinen gestatten wir bei Massenbezug angemessenen Rabatt.

Steppdecken

und

Schlafdecken

(mit kleinen Farbensehlern) spottbillig in der Deckenfabrik von

J. Brünn,

Hackescher Markt Nr. 4.

(Stadtbahnhof Börse.)

anerkannt beste Brecktholen, Heizkraft, wenig Asche gebend, aus dem Bergwerk bei Königsmusterhausen, per Tausend ab Platz 4 M. Beste Seufsenberger Mariekohle 5 M., Mittel-Qualität 4,60 M. ab Platz, frei Keller 50 Pf., frei Boden 75 Pf., pro Tausend mehr. Muster ohne Berechnung frei Haus. 830b Frischeisen & Co., Kottbusser Ufer 30.

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 4435L*

am hiesigen Plage wie bekannt

grösste Auswahl!

Garantie für sicheren Brand.

Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.

A. Goldschmidt,

Oranienburgerstr. 2.

Kinderwagen.

Größtes Lager Berlins zu Fabrikpreisen. Theilzahlung gestattet. [3796]*

53 Andreasstr. 53 part. u. 1 Tr.

Ein Grundrizer nach außerhalb. Näheres im Arbeitsnachweis der Vergolder, Schillingstr. 30a. 355/14

Tüchtiger Bauschreiber sofort gesucht. C. Rossmann, Fruchtstraße 80 Ueberg. 1 Tr. 833b

Behrling verl. Lampenfabr. Fürstenstr. 8.

Tüchtige Farbmacher verlangt Kottbusser Damm 100. 780b

Nur tüchtige Cementarbeiter werden sofort verlangt. Nixdorf, Bergstr. 100.

Akt.-Ges. für Monierbauten.

Eine alte deutsche Feuer-Vers.-Gesellschaft sucht für Berlin u. die Provinz thätige Haupt- u. Spezial-Agenten. Hohe fortlaufende Bezüge event. auch seitens Gehalt werden zugesichert. Offerten unter O. P. 2 nimmt die Expedition entgegen. 4368*